

Deutsche Postbank

Offenlegungsbericht gemäß Solvabilitätsverordnung
(Säule-III-Bericht nach Basel II)

per 31. Dezember 2009



Inhaltsverzeichnis

1	Anwendungsbereich	3	6	Quantitative Angaben zu Art und Umfang der Adressenausfallrisiken	22	8	Management der Marktpreisrisiken einschließlich der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch	43
2	Verfahren zur Eigenkapitalberechnung	5	6.1	Angaben zur Struktur des Kreditportfolios	22	8.1	Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation	43
3	Eigenmittelstruktur und Eigenmittelausstattung	7	6.1.1	Gliederung der Forderungswerte nach Branchen, geografischen Gebieten und Restlaufzeiten	22	8.2	Reporting	44
3.1	Eigenmittelbestandteile	7	6.1.2	Positionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen	23	8.3	Grundzüge der Absicherung und Minderung der Risiken	45
3.2	Eigenmittelausstattung	10	6.1.3	Positionswerte nach Forderungsarten und Risikoklassen	24	8.4	Spezielle Angaben zum Zinsänderungsrisiko des Anlagebuchs	45
3.2.1	Aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung	10	6.2	Angaben zu Kreditrisikominderungstechniken	27	9	Management der Liquiditätsrisiken	46
3.2.2	Gesamt- und Kernkapitalquote	11	6.2.1	Grundzüge der Absicherung und Minderung der Risiken	27	9.1	Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation	46
3.3	Steuerung der ökonomischen Risikotragfähigkeit	12	6.2.2	Art und Umfang der angerechneten Kreditrisikominderungstechniken	27	9.2	Reporting	47
4	Risikomanagement	14	6.3	Angaben zur Risikovorsorge	29	9.3	Grundzüge der Absicherung und Minderung der Risiken	47
4.1	Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation	14	6.3.1	Definitionen und Vorsorgebildung	29	10	Management der Operationellen Risiken	48
4.2	Konzernweites Risikoreporting	16	6.3.2	Aktuelle Risikopositionen	30	10.1	Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation	48
5	Management der Adressenausfallrisiken	16	7	Spezielle quantitative Angaben zum Adressenausfallrisiko	34	10.2	Reporting	49
5.1	Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation	16	7.1	Angaben zu derivativen Adressenausfallrisikopositionen	34	10.3	Grundzüge der Absicherung und Minderung der Risiken	49
5.2	Ratingsysteme	17	7.2	Angaben zu Beteiligungen im Anlagebuch	36		Tabellenverzeichnis	50
5.2.1	Übersicht	17	7.3	Angaben zu Verbriefungen	37		Abkürzungsverzeichnis	51
5.2.2	Forderungsklasse Zentralregierungen	18	7.3.1	Investorpositionen	37		Impressum	52
5.2.3	Forderungsklasse Institute	18	7.3.2	Originatorpositionen	39			
5.2.4	Forderungsklasse Unternehmen	18	7.3.3	Zurückbehaltene oder gekaufte Verbriefungspositionen	41			
5.2.5	Forderungsklasse Mengengeschäft	19						
5.2.6	Forderungsklasse Angekaufte Forderungen	19						
5.2.7	Forderungsklasse Beteiligungen	19						
5.3	Ratingbasiertes Kreditrisikomanagement	20						
5.3.1	Management der Einzelrisiken	20						
5.3.2	Management auf Portfolioebene	20						
5.4	Reporting	21						

1 Anwendungsbereich

Mit diesem Bericht setzt die „Deutsche Postbank AG“ (im Folgenden Postbank) die Offenlegungsanforderungen an die aufsichtsrechtliche Risikoberichterstattung nach §§ 319 – 337 Solvabilitätsverordnung (SolvV) in Verbindung mit § 26a KWG zum Stichtag 31. Dezember 2009 um. Im vorliegenden Bericht informiert die Postbank als übergeordnetes Institut der Postbank Gruppe gemäß § 10a Abs. 1 Satz 1 Kreditwesengesetz (KWG) quantitativ und qualitativ über ihre Eigenmittelstruktur und ihre Eigenmittelausstattung, über ihre eingegangenen Risiken sowie über ihre Risikomanagementverfahren einschließlich ihrer verwendeten Modelle, der Kreditrisikominderungstechniken und der Verbriefungstransaktionen. Abschnitt 7.3 (Verbiefungen) dieses Berichts orientiert sich an den im Januar 2010 veröffentlichten überarbeiteten Good-Practice-Empfehlungen des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) zu den Offenlegungsanforderungen für Verbiefungen nach der Capital Requirements Directive (CRD).

Die Solvabilitätsverordnung ist die Umsetzung der durch die Bankenrichtlinie (2006/48/EG) und die Kapitaladäquanzrichtlinie (2006/49/EG) vorgegebenen europäischen Mindesteigenkapitalstandards bzw. der entsprechenden äquivalenten Vorgaben der Baseler Eigenmittelempfehlung („Basel II“) in nationales Recht. Die Postbank veröffentlicht ihren Säule-III-Bericht halbjährlich. Bei dem vorliegenden Bericht handelt es sich um den fünften Offenlegungsbericht gemäß SolvV. Der vorhergehende Halbjahresbericht wurde am 31. August 2009 im Internet eingestellt.

Dieser Säule-III-Bericht umfasst die Offenlegung für die „Deutsche Postbank AG“ nebst allen Tochtergesellschaften unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit gemäß § 26a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KWG. Demnach enthält dieser Bericht alle quantitativen Daten entsprechend den Solvabilitätsanforderungen gemäß §§ 319 – 337. Bei offenlegungspflichtigen Informationen, bei denen die Postbank keine Bestände hat, ist ein Vermerk im Fließtext angegeben und auf den tabellarischen Ausweis verzichtet worden. Bezogen auf Einzelaspekte, sind die zu definierenden Wesentlichkeitsgrenzen in den relevanten Abschnitten explizit dargelegt.

Alle Angaben in diesem Bericht beziehen sich auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis, der sich größtenteils mit dem im IFRS-Konzernabschluss ausgewiesenen bilanzrechtlichen Konsolidierungskreis deckt.

Für die „Deutsche Postbank AG“ und die Tochtergesellschaften „BHW Bausparkasse AG, Hameln“, die „Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg“, die „PB Factoring GmbH, Bonn“, die „PB Capital Corporation, Wilmington/USA“, die „PB Realty Corporation, New York/USA“ sowie die Niederlassung London wird die Eigenkapitalunterlegung für die Adressenausfallrisiken im Wesentlichen nach dem IRB-Basis-Ansatz sowie dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft kalkuliert.

Die Postbank hat im Zusammenhang mit der Nutzung der IRB-Ansätze seit dem 1. Januar 2008 den aufsichtlichen Referenzpunkt überschritten. Das Portfolio, für das die Eigenmittelunterlegung auf Basis interner Ratings erfolgt, hat sich im Berichtsjahr 2009 insoweit

geändert, als dass nicht inländische Geschäftspartner aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums seit dem Stichtag 1. Januar 2009 nach dem Kreditrisiko-Standardansatz kalkuliert werden und das Portfolio „Versicherungen“ seit dem 1. Juli 2009 in die Kalkulation nach dem IRB-Basis-Ansatz einbezogen wird. Die Postbank ist aktuell in der Umsetzungsphase für eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung maßgeblicher Restlaufzeiten sowie eigener Schätzungen für Verlustquoten und Kreditkonversionsfaktoren auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios (im Wesentlichen Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, die Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank Gruppe, die Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen sowie Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums) wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an.

Bezogen auf die Anforderungen gemäß § 10 KWG, wendet die Postbank für das Einzelinstitut „Deutsche Postbank AG, Bonn“ und für die „BHW Bausparkasse AG, Hameln“ die Waiver-Regelung nach § 2a KWG an. Einzelinstitute können nach der Waiver-Regelung bei der Erfüllung organisatorischer und prozessualer Bedingungen von bestimmten Regelungen zur Eigenmittelausstattung sowie von Meldepflichten auf Institutsebene ausgenommen werden. Die Postbank erfüllt die Bedingungen zur Anwendung der Waiver-Regelung und hat die Erfüllung der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) entsprechend § 2a Abs. 2 Satz 1 KWG mit Schreiben vom 27. März 2007 für die „Deutsche Postbank AG, Bonn“ (nach § 2a Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 und 2 KWG) und mit Schreiben vom 8. Dezember 2008 für die „BHW Bausparkasse AG, Hameln“ (nach § 2a Abs. 1 Nr. 1 – 5 KWG) angezeigt.

Im nachstehenden Bericht werden neben den Stichtagswerten per 31. Dezember 2009 in allen Tabellen auch die Vergleichswerte per 31. Dezember 2008 dargestellt. Wie in Note 6 des Konzernabschlusses der Postbank (Geschäftsbericht S. 112) dargestellt, wurde im Rahmen einer Stichprobenprüfung durch die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V. die Meinung vertreten, dass 90 Mio € Risikovorsorge, die in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 gebildet wurden, bereits im Konzernabschluss 2008 hätten berücksichtigt werden müssen. Um den Konzernabschluss 2009 nicht zu verzögern, hat sich die Bank dieser Einschätzung angeschlossen, zumal das Ergebnis, über beide Berichtsjahre betrachtet, unverändert bleibt. Es handelt sich um eine reine Phasenverschiebung. Rückwirkende Veränderungen der Stichtagswerte per 31. Dezember 2008 sind in den Tabellen dieses Berichts jeweils per Fußnote gekennzeichnet und/oder in den Tabellenerläuterungen beschrieben.

Nachstehende Tabelle stellt die Unterschiede zwischen den einzelnen Konsolidierungskreisen mit der Nennung sämtlicher zu konsolidierender Unternehmen und deren vorgenommene Zuordnung zu aufsichtsrechtlicher bzw. bilanzrechtlicher Konsolidierung (gemäß Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009) dar. Die Zuordnung der Unternehmen zu den Unternehmensformen erfolgt dabei gemäß aufsichtsrechtlicher Konzernmeldung auf Basis der Begriffsbestim-

mungen gemäß § 1 KWG. Sämtliche gekennzeichneten Gesellschaften werden voll konsolidiert. Keines der in der Tabelle dargestellten Unternehmen unterliegt einem regulatorischen Kapitalabzug. Darüber hinaus wird jedoch die unmittelbare Beteiligung der „BHW Bausparkasse AG, Hameln“ an der „Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin“ gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG hälftig vom Kern- und Ergänzungskapital abgezogen. Quotale bzw. At-equity-Konsolidierungen sind zum Stichtag für die Postbank nicht relevant.

Konsolidierungskreis der Postbank, untergliedert nach Unternehmensform gemäß aufsichtsrechtlicher Konzernmeldung				
Unternehmensform	Unternehmen	Aufsichtsrechtliche Konsolidierung	Bilanzrechtliche Konsolidierung	
Kreditinstitute	Deutsche Postbank AG, Bonn	X	X	
	BHW Bausparkasse AG, Hameln	X	X	
	Deutsche Postbank Home Finance, Ltd., Gurgaon, Indien	X	X	
	Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	X	X	
	PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	PB (USA) Realty Corporation, New York, USA	X	X	
	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	X	X	
Finanzdienstleistungsinstitute	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt/Main	X	X	
	PB Factoring GmbH, Bonn	X	X	
	Postbank Leasing GmbH, Bonn	X	X	
Finanzholding-Gesellschaften	BHW Holding AG, Berlin/Hamel	X	X	
Finanzunternehmen	BHW Eurofinance B.V., Arnheim, Niederlande	X		
	BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	X	X	
	BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	X	X	
	Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	DSL Holding AG i.A., Bonn	X	X	
	PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	X	X	
	Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	X	X	
	Postbank Direkt GmbH, Bonn	X	X	
	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	X	X	
	Kapitalanlagegesellschaften	BHW Invest S.A.R.L., Luxemburg	X	
		Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg	X	X
	Anbieter von Nebendienstleistungen	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt/Main	X	X
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt/Main		X	X	
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		X	X	
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		X	X	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn		X	X	
PB Finance (Delaware) Incorporation, Wilmington, Delaware, USA		X	X	
PB Firmenkunden AG, Bonn		X	X	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt/M (TGV 1 - 24)		X	X	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn		X	X	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		X	X	
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn		X		
Postbank Support GmbH, Köln		X	X	
Postbank Systems AG, Bonn		X	X	
Sonstige Unternehmen		BHW Immobilien GmbH, Hameln		X
	DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		X	
	DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn		X	
	Miami MEI LLC, Dover, Delaware, USA		X	
	PB Hollywood I Hollywood Station LLC, Dover, Delaware, USA		X	
	PB Hollywood II Lofts, LLC, Dover, Delaware, USA		X	
	PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		X	
	Postbank Finanzberatung AG, Hameln		X	
	Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		X	
	2650 Virginia Avenue NW LLC, Dover, Delaware, USA		X	
	401 Mass Avenue Holdings LLC, Dover, Delaware, USA		X	

Tabelle 1

Im Jahr 2009 hat sich der Konsolidierungskreis der Postbank wie folgt verändert: Die „Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt/Main“ wurde im März erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. Die „Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlage-gesellschaft mbH, Bonn“ wurde mit Vertrag vom 15. Juli 2009 veräußert.

Als Tochtergesellschaften der „PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA“ wurden im September 2009 die Gesellschaften „Miami MEI LLC, Dover, Delaware, USA“, die „PB Hollywood II Loans LLC, Dover, Delaware, USA“ und die „2650 Virginia Avenue NW LLC, Dover, Delaware, USA“ sowie im November 2009 die „PB Hollywood I Hollywood Station LLC, Dover, Delaware, USA“ und die „401 Mass Avenue Holdings LLC, Dover Delaware, USA“ in den bilanziellen Konsolidierungskreis einbezogen.

Im Zusammenhang mit der Optimierung der Callcenter-Strukturen erwarb die „Postbank Direkt GmbH, Bonn“ die Callcenter-Einheiten der „Deutschen Postbank AG“ und der „BHW Direktservice GmbH, Hameln“ im Rahmen eines Asset Deals. Sie wurde erstmals im Oktober 2009 in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Vergleich zur bilanzrechtlichen Konsolidierung (siehe Geschäftsbericht 2009, S. 103) sind drei Gesellschaften in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogen, die aufgrund ihrer untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung im bilanzrechtlichen Konsolidierungskreis nicht enthalten sind. Es handelt sich dabei um die „BHW Eurofinance B.V., Arnheim, Niederlande“, die „BHW Invest S.A.R.L., Luxemburg“ und die „Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn“.

Drei Zweckgesellschaften zur Verbriefung von Verbraucherkrediten und Wohnungsbaufinanzierungen gegenüber Privatpersonen mit Wohnsitz Deutschland wurden gemäß Note 2 des Geschäftsberichts (S. 104) bilanzrechtlich konsolidiert. Dabei handelt es sich um die in Abschnitt 7.3.2 beschriebenen Originatorverbriefungen, „PB Consumer 2008-1“, „PB-Consumer 2009-1“ und „Provide Domicile 2009-1“, zu denen bislang kein wesentlicher Risikotransfer gemäß § 232 Abs. 2 SolV bewirkt wurde und deren Einzelforderungen per Berichtsstichtag als Einzelrisiken ausgewiesen werden.

Die in Tabelle 1 als „Sonstige Unternehmen“ ausgewiesenen Gesellschaften sind nicht in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogen, da es sich um nicht konsolidierungspflichtige Gesellschaften i. S. d. § 10a KWG handelt. Die Beteiligungen an diesen Gesellschaften werden aufsichtsrechtlich risikogewichtet.

Folgende nachgeordnete Unternehmen (Anbieter von Nebendienstleistungen) sind gemäß § 31 Abs. 3 KWG von der Einbeziehung in die Konzernmeldung befreit:

- | BHW Direktservice GmbH, Hameln
- | CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
- | easyhyp GmbH, Hameln
- | RALOS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs KG, München

2 Verfahren zur Eigenkapitalberechnung

Die Solvabilitätsverordnung lässt verschiedene Verfahren zur Berechnung des regulatorischen Mindesteigenkapitals für Adressenausfallrisiken zu:

- | Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)
- | auf internen Ratings basierende Ansätze (IRBA):
 - auf Basis intern geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten (IRB-Basis-Ansatz),
 - auf Basis intern geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten, Konversionsfaktoren und Verlustquoten (fortgeschrittener IRB-Ansatz),
 - für das Mengengeschäft.

Die BaFin hat der Postbank mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 die Zulassung für die Eigenkapitalberechnung nach dem IRB-Basis-Ansatz sowie dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft erteilt und mit Schreiben vom 11. Dezember 2007 die Kalkulation weiterer Portfolios auf Basis interner Ratingsysteme ab dem 1. Januar 2008 genehmigt. Für das seit dem 1. Juli 2009 einbezogene Portfolio „Versicherungen“ hat die BaFin mit Schreiben vom 17. Juli 2009 der Kalkulation nach dem IRB-Basis-Ansatz die Genehmigung erteilt.

Die nachstehende Tabelle zeigt alle Portfolios, die die Postbank 2009 nach dem IRB-Ansatz kalkuliert hat. Für die meisten Portfolios erstreckt sich die Anwendung der internen Ratingsysteme grundsätzlich auf alle legalen Einheiten des Konzerns. Bei den Portfolios „Firmenkunden“, „Gewerbliche Finanzierungen“, „Angekaufte Forderungen“ und „Baufinanzierungen“ sind für unterschiedliche Konzerneinheiten spezifische Ratingmodelle im Einsatz.

IRBA-Portfolios, gegliedert nach SolvV-Forderungsklassen
Zentralregierungen: Staaten
Institute: Banken
Unternehmen: Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften
Mengengeschäft: Baufinanzierungen Postbank, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail
Beteiligungen, soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolV ausgenommen
Verbiefungen
Sonstige kreditunabhängige Aktiva

Tabelle 2

Seit dem 1. Januar 2008 hat die Postbank den aufsichtlichen Referenzpunkt überschritten. Für 2009 hat der gemäß § 67 SolvV kalkulierte Abdeckungsgrad für die auf Basis interner Ratings kalkulierte Portfolios 92,0 % der Positionswerte und 82,7 % der risikogewichteten Positionswerte (Kalkulation per 30. September 2009) betragen. Der Abdeckungsgrad stellt das Verhältnis aller IRBA-Positionswerte bzw. risikogewichteten IRBA-Positionswerte zu sämtlichen nach § 67 Abs. 4 SolvV zu berücksichtigenden Positionswerten bzw. risikogewichteten Positionswerten dar. Das Portfolio, für das die Eigenmittelunterlegung auf Basis interner Ratings erfolgt, hat sich im Berichtsjahr 2009 insoweit geändert, als dass nicht inländische Geschäftspartner aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums erstmals zum 31. März 2009 nach dem Kreditrisiko-Standardansatz kalkuliert werden und das Portfolio „Versicherungen“ seit dem 1. Juli 2009 in die Kalkulation nach dem IRB-Basis-Ansatz einbezogen wird.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios:

- I Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment,
- I Portfolios einzelner Tochtergesellschaften der Postbank Gruppe,
- I Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen,
- I Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Die Postbank befindet sich darüber hinaus aktuell in der Umsetzungsphase für eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten, maßgeblicher Restlaufzeiten und Kreditkonversionsfaktoren für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios.

Gemäß § 70 SolvV sowie dem Protokoll der vierten Sitzung des Arbeitskreises „Bankenaufsicht“ der BaFin bzw. der Bundesbank vom 10. März 2008 nimmt die Postbank neben Geschäften aus auslaufenden Geschäftsbereichen insbesondere die Adressenausfallrisiken der Forderungskategorie Zentralregierungen, deren Erfüllung u. a. von Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums geschuldet werden, zeitlich unbeschränkt von der Anwendung des IRB-Ansatzes aus. Darüber hinaus wendet sie die dauerhafte Freistellung vom IRB-Ansatz auf Forderungen mit einem unwesentlichen Anteil am Gesamtportfolio an.

Die Postbank ermittelt die Eigenkapitalunterlegung für Beteiligungen, die dem Anlagebuch zugerechnet werden und nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind (siehe Kapitel 1), gemäß § 78 SolvV:

- I auf Basis der Ausfallwahrscheinlichkeit für alle intern gerateten Beteiligungen der den Investmentanteilen der „PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt/Main“ zugrunde liegenden Geschäfte,
- I auf Basis der Ausnahmeregelung gemäß § 338 Abs. 4 SolvV (sogenanntes Grandfathering) für alle bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltenen – befristet vom IRBA ausgenommenen – strategischen Beteiligungen,
- I auf Basis des einfachen Risikogewichts nach § 98 SolvV für alle sonstigen Beteiligungen.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder KSA entsprechend §§ 226 und 227 SolvV auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenkapitalunterlegung für Verbriefungen gemäß § 79 SolvV wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes nach § 257 SolvV kalkuliert. Für die Transaktion PB Domicile 2006-1 wendet die Postbank (siehe Kapitel 7.3) gemäß § 256 Abs. 1 Satz 1 SolvV eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an. Positionen, für die sich hieraus ein Risikogewicht von 1250 % ergibt, werden gemäß Wahlrecht § 266 SolvV vom Eigenkapital abgezogen. Abweichend hiervon wird für die Positionen, für die kein externes Rating vorliegt und bei denen die Anforderungen nach § 258 SolvV erfüllt sind, die Eigenkapitalunterlegung auf Basis des aufsichtlichen Formelansatzes ermittelt.

Zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisiken nutzt die Postbank derzeit die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Im Rahmen des Programms zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle werden darüber hinaus die Voraussetzungen geschaffen, um das für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken im Einsatz befindliche interne Marktrisikomodelle auch für die Bestimmung der Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisiken gemäß der Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Operationelle Risiken stehen Kreditinstituten der Basisindikatoransatz, der Standardansatz und der fortgeschrittene Messansatz zur Verfügung. Die Postbank verwendet zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen bislang den Standardansatz. Dieser ist Basis für die geplante Umsetzung des fortgeschrittenen Messansatzes. Ziel ist es, im ersten Quartal 2010 den Zulassungsantrag bei der BaFin und der Deutschen Bundesbank einzureichen, um das interne Kapitalmodell nach erfolgter Zulassung auch für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung einsetzen zu können.

Zusammenfassung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel		
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Eingezahltes Kapital	4.168	4.140
davon: gezeichnetes Kapital	547	547
davon: Kapitalrücklage aus Emmissionen	2.008	1.978
davon: hybride Kapitalinstrumente	1.600	1.600
davon: Stille Beteiligungen	13	15
Sonstige anrechenbare Rücklagen	2.141	2.358*)
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	0	0
Andere Kernkapitalinstrumente	861	16
Abzugsposten vom Kernkapital nach § 10 Abs. 2a Satz 2 KWG	-925	-1.150
Summe des Kernkapitals vor Abzugspositionen gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG	6.245	5.364*)
Summe des Ergänzungskapitals vor Abzugspositionen gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG und der anrechenbaren Drittrangmittel nach § 10 Abs. 2c KWG	3.205	3.588
davon: anrechenbares Genussrechtskapital nach § 10 Abs. 5 KWG	1.115	1.152
davon: anrechenbare längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten nach § 10 Abs. 5a KWG	2.233	2.445
davon: Korrekturposten für Bewertungseffekte aus AfS-Eigenkapitalinstrumenten gemäß § 2 Abs. 1 KonÜV	17	0
davon: Abzugspositionen nach § 10a Abs. 6 Satz 9 und 10 KWG	-161	-9
davon: nicht realisierte Reserven gemäß § 4 KonÜV	1	0
Summe der Kapitalabzugspositionen, die hälftig vom Kern- bzw. Ergänzungskapital abgezogen werden	-2.678	-1.054*)
davon: Wertberichtigungsunterschiedsbeträge für IRBA-Positionen nach § 10 Abs. 6a Nr. 1 KWG	-1.473	-407*)
davon: erwartete Verlustbeträge für IRBA-Beteiligungen nach § 10 Abs. 6a Nr. 2 KWG	-8	-2
davon: Verbriefungspositionen nach § 10 Abs. 6a Nr. 3 KWG	-1.195	-645
davon: unmittelbare Beteiligungspositionen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG	-2	0
Summe des modifizierten verfügbaren Eigenkapitals nach § 10 Abs. 1d KWG und der anrechenbaren Drittrangmittel nach § 10 Abs. 2c KWG	6.772	7.898*)
davon: Kernkapital	4.906	4.837*)
davon: Ergänzungskapital	1.866	3.061*)
davon: Drittrangmittel	0	0

*) Vorjahreswerte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 3

3 Eigenmittelstruktur und Eigenmittelausstattung

3.1 Eigenmittelbestandteile

Die Eigenmittel der Postbank gemäß KWG werden auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses unter Berücksichtigung der Vorgaben der Konzernabschlussüberleitungsverordnung (KonÜV) berechnet. Die Angaben der Tabellen in diesem Abschnitt basieren auf dem festgestellten Konzernabschluss der Postbank. Die Note 49 des Geschäftsberichts des Postbank Konzerns bezieht sich auf die vorstehende Übersicht „Zusammenfassung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel“. Gemäß Note 6 des Geschäftsberichts (S. 133) sind die Vorjahreswerte der Tabelle angepasst. Die sonstigen Rücklagen bzw. das Kernkapital vor Abzugspositionen wurden um 66 Mio € reduziert. Der Wertberichtigungsunterschiedsbetrag bzw. die Summe der Kapitalabzugspositionen haben sich um 188 Mio € verändert. Analog sind die Werte für das modifizierte verfügbare Eigenkapital angepasst.

Das Kernkapital besteht per 31. Dezember 2009 zunächst aus gezeichnetem Kapital in Höhe von unverändert 547 Mio €, das in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt ist. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Postbank mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals, um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen.

Das Kernkapital enthält darüber hinaus eingezahltes Kapital in Form der Kapitalrücklage aus Emissionen in Höhe von 2.008 Mio € (per 31. Dezember 2008 1.978 Mio € nach Berücksichtigung der Effekte aus der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung nach § 10a Abs. 6 KWG).

Die weiteren 1.613 Mio € des eingezahlten Kapitals setzen sich nominal aus hybriden Kapitalinstrumenten in Höhe von 1.600 Mio € und 13 Mio € an Stillen Beteiligungen mit einer Restlaufzeit von über zwei Jahren zusammen. Die hybriden Kapitalinstrumente hat die Postbank entsprechend der nachstehenden Tabelle durch vier Emissionen über die zu diesem Zweck gegründeten Tochtergesellschaften Deutsche Postbank Funding Trust I bis IV in Form von Preferred Securities begeben. Diese Papiere wurden in den Jahren 2004 bis 2007 zu einer marktgerechten Verzinsung mit anfänglich fester Zinsbindung emittiert. Die Veränderung der anrechenbaren Stillen Beteiligungen in Höhe von 2 Mio € gegenüber dem Vorjahr ergibt sich durch die anteilige Partizipation am Jahresfehlbetrag.

Im Umlauf befindliche hybride Kapitalinstrumente						
Laufzeitbeginn	Betrag Mio €	Emittent	Kupon	Zinssatz per 31.12.2009 in %	Fälligkeit	Kündbar zum
2004	300	Deutsche Postbank Funding Trust I	– bis zum 02.12.2005: 6 % – seit 02.12.2005: EUR-ISDA-EURIBOR Swap Rate 10-jährige Laufzeit plus 2,5 BP – max. 8 %; – jeweils halbjährliche Zinszahlung	3,443	unbefristet	02.12.2010 + zu jedem Folge-Coupontermin
2004	500	Deutsche Postbank Funding Trust II	– bis zum 23.12.2009: 6 % – seit 23.12.2009: 4 * (10Y EUR-ISDA-EURIBOR Swap Rate – 2Y EUR-ISDA-EURIBOR Swap Rate) min. 3,75 % – max. 10 %	6,944	unbefristet	23.12.2009 + zu jedem Folge-Coupontermin
2005	300	Deutsche Postbank Funding Trust III	– bis zum 07.06.2008: 7 % – seit 07.06.2008: EUR-ISDA-EURIBOR Swap Rate 10-jährige Laufzeit plus 12,5 BP – max. 8 %	3,840	unbefristet	07.06.2011 + zu jedem Folge-Coupontermin
2007	500	Deutsche Postbank Funding Trust IV	– bis zum 29.06.2017: 5,983 % – ab 29.06.2017: 3M-EURIBOR +207 BP	5,983	unbefristet	29.06.2017 + zu jedem Folge-Coupontermin

Tabelle 4

Darüber hinaus sind im Kernkapital sonstige anrechenbare Rücklagen in Höhe von 2.141 Mio € berücksichtigt (per 31. Dezember 2008: 2.358 Mio €). Diese umfassen die durch jährliche partielle Thesaurierung der Jahresergebnisse gebildeten Rücklagen. Für das Jahr 2009 beträgt der aufsichtliche Gewinn 89 Mio €. Auf Basis einer Änderung der KonÜV werden seit dem Stichtag 30. Juni 2009 auf Kredite, sonstige Forderungen, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS entfallende unrealisierte Gewinne und nicht erfolgswirksam verbuchte unrealisierte Verluste für die aufsichtsrechtliche Eigenmittelrechnung gemäß §§ 10 und 10a KWG nicht mehr berücksichtigt.

Bei den anderen angerechneten Kernkapitalinstrumenten in Höhe von 861 Mio € handelt es sich um Positionen aus aktivischen Unterschiedsbeträgen von Tochtergesellschaften. Die Postbank hat in diesem Zusammenhang erstmals per 31. Dezember 2009 von der Übergangsregelung gemäß § 64h Abs. 3 Satz 2 KWG Gebrauch gemacht, nach der für Beteiligungen, die bis zum 31. Dezember 2006 eingegangen worden sind, anstelle des Firmenwertes weiterhin der aktivische Unterschiedsbetrag nach § 10a Abs. 6 Satz 10 KWG abgezogen werden darf.

Das Ergänzungskapital der Postbank setzt sich zunächst aus anrechenbarem Genussrechtskapital in Höhe von 1.115 Mio € (per 31. Dezember 2008: 1.152 Mio €) und anrechenbaren längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten (Schuldscheindarlehen und Inhaberschuldverschreibungen) in Höhe von 2.233 Mio € (per 31. Dezember 2008: 2.445 Mio €) zusammen, die die Anforderungen nach § 10 Abs. 5 bzw. 5a KWG erfüllen. Außerdem enthält das Ergänzungskapital 17 Mio € Korrekturposten für Bewertungseffekte aus AFS-Eigenkapitalinstrumenten (entspricht 45 % der unrealisierten Bewertungsgewinne nach § 2 Abs. 1 KonÜV) sowie 1 Mio € Korrekturposten für Bewertungseffekte aus nicht realisierten Reserven in bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen gemäß § 4 KonÜV und wird durch Abzugsbeträge in Höhe von 161 Mio € (per 31. Dezember 2008: 9 Mio €) vermindert. Der Anstieg der Abzugsbeträge gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus der Anwendung der Übergangsregelung gemäß § 64h Abs. 3 Satz 2 KWG.

Per 31. Dezember 2009 gliedert sich das Genussrechtskapital in Höhe von 1.115 Mio € wie folgt auf:

Genussrechtskapital				
Emittent	Kategorie	RLZ	Zinsspanne	Volumen
Deutsche Postbank	Inhabergenusssscheine	5–10 Jahre	4,7–5,1 %	536 Mio €
Deutsche Postbank	Namensgenusssscheine	< 5 Jahre	6,0–6,3 %	99 Mio €
Deutsche Postbank	Namensgenusssscheine	5–10 Jahre	4,4–5,7 %	412 Mio €
Deutsche Postbank	Namensgenusssscheine	> 10 Jahre	4,5–5,5 %	68 Mio €

Tabelle 5

Die Genussrechtshaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorrangige jährliche Ausschüttung, die teils von einem Jahresüberschuss und teils von einem Bilanzgewinn abhängig ist. Die Genuss-scheine werden mittels einer wieder aufzuholenden Nominalwertkürzung gegebenenfalls an einem Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust beteiligt. Alle ausgefallenen Gewinnausschüttungen sind, sofern es die Ergebnissituation der Gesellschaft erlaubt, gemäß den entsprechenden Emissionsbedingungen nachzuholen. Die Genuss-scheine sind seitens der Investoren nicht kündbar. Die Postbank besitzt ein Kündigungsrecht bei bestimmten vertraglich vereinbarten Steuerereignissen. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 ist der Vorstand der Postbank mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 21. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder auf den Namen lautende Wandel- und/oder Options-, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechte im Gesamtnennbetrag von bis zu 2,5 Mrd € zu begeben.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 2.233 Mio € (per 31. Dezember 2008: 2.445 Mio €) setzen sich wie folgt zusammen:

- 1.124 Mio € Schuldscheindarlehen der Postbank,
- 826 Mio € Inhaberschuldverschreibungen der Postbank,
- 283 Mio € nachrangige Verbindlichkeiten der BHW Bausparkasse.

Die Schuldscheindarlehen und Inhaberschuldverschreibungen besitzen eine marktgerechte Verzinsung. Die Stückelung liegt jeweils in der Regel bei mindestens 5 Mio €.

Die Kapitalabzugspositionen in Höhe von 2.678 Mio € (per 31. Dezember 2008: 1.054 Mio €), die hälftig vom Kern- bzw. Ergänzungskapital abgezogen werden, betreffen

- l die Differenz zwischen der Summe der erwarteten Verlustbeträge für alle IRBA-Positionen der Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen sowie dem Mengengeschäft und den Wertberichtigungen sowie den Rückstellungen, die für diese Positionen gebildet wurden, in Höhe von 1.473 Mio € (per 31. Dezember 2008: 407 Mio €),
- l die erwarteten Verlustbeträge für IRBA-Beteiligungen in Höhe von 8 Mio € (per 31. Dezember 2008: 2 Mio €),
- l Verbriefungspositionen (Risikogewicht 1250 %) in Höhe von 1.195 Mio € (per 31. Dezember 2008: 645 Mio €),
- l die unmittelbare Beteiligung an dem Finanzunternehmen „Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin“ gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG in Höhe von 2 Mio €.

Der Anstieg der Differenz der Summe der erwarteten Verlustbeträge für alle IRBA-Positionen der Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen sowie dem Mengengeschäft und den Wertberichtigungen sowie Rückstellungen gegenüber dem 31. Dezember 2008 ist insbesondere auf regulatorische Ausfälle im Bereich der Spezialfinanzierungen (vor allem gewerbliche Immobilienfinanzierungen in den USA und Großbritannien) zurückzuführen, bei denen aufgrund hoher Besicherung oder vorhandener Sponsoren kein oder nur geringer Wertberichtigungsbedarf besteht, gleichzeitig aber bei Anwendung der einfachen IRBA-Risikogewichtung gemäß § 104 Abs. 4 SolvV ein erwarteter Verlust in Höhe von 50 % vorgegeben ist (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter Abschnitt 6.1.2).

Der Postbank Konzern hat zum Stichtag 31. Dezember 2009 keine Drittrangmittel im Bestand.

Der Rückgang der Eigenmittel im Jahr 2009 in Höhe von 1.126 Mio € ist im Wesentlichen auf die Veränderungen des Ergebnisses aus dem Wertberichtigungsabgleich sowie der Verbriefungsabzugsposition zurückzuführen.

Bei den zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis zählenden Beteiligungen ist die „Deutsche Postbank AG“ mittelbar oder unmittelbar Hauptanteilseigner. Die Gesellschaften haben ihren Sitz in Deutschland bzw. der EU sowie in den USA und in Indien. Die Postbank hat der BaFin gemäß § 2a Abs. 2 KWG angezeigt, dass Einschränkungen bei der Übertragung von Finanzmitteln bzw. Eigenmitteln innerhalb des Postbank Konzerns durch dritte Personen, Gesellschaften des privaten oder öffentlichen Rechts, supranationale Organisationen oder Staaten gegenwärtig weder bekannt noch erkennbar sind.

Die zur Postbank Gruppe zählenden Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute unterliegen nicht dem Kapitalabzug und weisen zum Stichtag 31. Dezember 2009 keinen Kapitalfehlbetrag aus.

3.2 Eigenmittelausstattung

3.2.1 Aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung

Im Nachfolgenden wird die auf Basis aufsichtsrechtlicher Bemessungsgrundlagen ermittelte Eigenmittelunterlegung, getrennt nach

Risikoarten und Ansatz, dargestellt, wobei die Eigenmittelunterlegung die jeweils mit 8 % multiplizierte Summe der anzurechnenden Risikopositionen darstellt. Die Gesamtsumme der Eigenmittelunterlegung beträgt zum 31. Dezember 2009 insgesamt 5.920 Mio € (per 31. Dezember 2008: 6.093 Mio €).

Eigenmittelunterlegungen nach Risikoarten und Ansatz		
Adressenausfallrisiken: nach den IRB-Ansätzen kalkulierte Portfolios		
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Zentralregierungen	7	163
Institute	721	837
Unternehmen	1.430	1.248*)
Mengengeschäft	930	1.159
davon: grundpfandrechtl. besicherte IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	631	839
davon: qualifizierte revolving IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	12	0
davon: sonstige IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	287	320
Ausfallwahrscheinlichkeitsgesteuerte Beteiligungen	4	2
Modellgesteuerte Beteiligungen	–	–
Mit einfachem Risikogewicht bewertete Beteiligungen	78	27
davon: börsengehandelt	0	4
davon: nicht börsengehandelt, aber zu diversifiziertem Beteiligungsportfolio gehörend	0	3
davon: andere Beteiligungen	78	20
Verbriefungen	193	66
Sonstige kreditunabhängige Aktiva	204	246
Gesamtbetrag der Eigenkapitalunterlegungen für Adressenausfallrisiken für nach dem IRBA kalkulierte Portfolios	3.567	3.748*)
Adressenausfallrisiken: nach dem KSA-Ansatz kalkulierte Portfolios		
	Mio €	Mio €
Zentralregierungen	0	0
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8	6
Sonstige öffentliche Stellen	40	39
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	0
Internationale Organisationen	0	0
Institute	24	59
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	9	10
Unternehmen	403	386
Mengengeschäft	176	171
Durch Immobilien besicherte Positionen	124	122
Investmentanteile	135	165
Verbriefungen	16	5
Sonstige Positionen	0	0
Überfällige Positionen	37	26
Gesamtbetrag der Eigenkapitalunterlegungen für Adressenausfallrisiken für nach dem KSA kalkulierte Portfolios	972	989
Adressenausfallrisiken: ausgenommene Beteiligungen		
	Mio €	Mio €
Gemäß § 338 Abs. 4 SolVV befristet vom IRBA ausgenommene Beteiligungen	80	112
Marktpreisrisiken (kalkuliert gemäß Standardmethode)		
	Mio €	Mio €
Währungsrisiken (gesamt)	84	89
Rohwarenrisiken (gesamt)	–	–
Zinsrisiken (Handelsbuch)	694	638
Aktienrisiken (Handelsbuch)	0	1
Andere Marktpreisrisiken (gesamt)	–	–
Gesamtbetrag der Eigenkapitalunterlegung für Marktpreisrisiken	778	728
Operationelle Risiken (kalkuliert gemäß Standardansatz)		
	Mio €	Mio €
Gesamtbetrag der Eigenkapitalunterlegung für Operationelle Risiken	523	516
Gesamtsumme der Eigenkapitalunterlegung	5.920	6.093*)

*) Vorjahreswerte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst (EKU-Reduktion 34 Mio €)

Nach den Übergangsregeln für IRBA-Institute gemäß § 339 Abs. 5 SolvV darf die Eigenmittelausstattung von Instituten, die den Anrechnungsbetrag für Adressenausfallrisiken auf Basis interner Rating-systeme ermitteln, im dritten Jahr der Anwendung 80 % des nach Grundsatz I mit aufsichtlichen Gewichtungsfaktoren ermittelten Mindesteigenmittelbedarfs nicht unterschreiten. Gemäß §§ 339 Abs. 5a u. 5b SolvV nimmt die Postbank die Floorberechnung bis 31. Dezember 2011 vor. Die Berechnung erfolgt gemäß dem Auslegungsschreiben der BaFin vom 12. August 2008. Nach dieser Vorgabe hat die Übergangsregel keine Auswirkungen auf den RWA-Anrechnungsbetrag und damit auf die Eigenkapitalquoten, sondern zielt auf das Vorhalten einer Mindesteigenkapitalausstattung ab.

Der erste Tabellenblock der vorstehenden Tabelle zeigt die Eigenkapitalunterlegung für die gemäß Darstellung in Kapitel 2 (Tabelle 2) nach dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft kalkulierten Portfolios. Der Anstieg der Kapitalunterlegung in der Forderungsklasse Unternehmen um 182 Mio € auf 1.430 Mio € resultiert aus Volumenzuwächsen und einer konjunkturbedingten Verschlechterung der Bonitätsstruktur. Die volumenbedingt hohe Kapitalunterlegung in der Forderungsklasse Mengengeschäft unterstreicht den Schwerpunkt der Postbank im Geschäft mit Privatkunden. Die Anrechnungsbeträge für grundpfandrechtl. besicherte IRBA-Positionen des Mengengeschäfts sind bei stetigem Geschäftswachstum aufgrund verbesserter Schätzverfahren für die Verlustquoten bei Ausfall sowie der Rekalibrierung der Ausfallwahrscheinlichkeiten von Ratingsystemen für diese Forderungsklasse gegenüber dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2008 um 208 Mio € zurückgegangen. Die Eigenkapitalunterlegung für die, gemessen an den Positionswerten, gewichtige Forderungsklasse Institute (siehe Tabelle 14) ist aufgrund der entsprechend niedrigen Risikogewichte relativ gering. Der Rückgang der Eigenmittelunterlegung für Institute entspricht dem Volumensrückgang. Der Anstieg der Eigenkapitalunterlegung für Beteiligungen von 27 Mio € auf 78 Mio € gegenüber dem Vorjahr ist durch mehrere Effekte zu begründen: Anzahl und Volumen der Beteiligungen sind durch die Übernahme von Kreditsicherheiten, durch den Neuerwerb von Publikumsfonds und durch den Anstieg der Beteiligungspapiere innerhalb der Investmentfonds, die nach der Transparenzmethode behandelt werden, angestiegen. Darüber hinaus wird ein Spezialfonds, abweichend vom Bericht vom 31. Dezember 2008, nunmehr zusätzlich nach der Transparenzmethode behandelt. Die Unterlegung von Verbriefungspositionen ist auch bei Berücksichtigung eingebetteter Derivate und Impairments gegenüber dem Bericht vom 31. Dezember 2008 aufgrund der veränderten aufsichtsrechtlichen Behandlung der Neubewertungsrücklage (Anpassung der KonÜV) sowie aufgrund von Downgrades bei den externen Ratings angestiegen.

Durch die erstmalige Anwendung des dauerhaften Partial Use für nicht inländische Geschäftspartner aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums im Jahr 2009 ergibt sich in der Forderungsklasse Zentralregierungen im IRB-Ansatz gegenüber dem 31. Dezember 2008 ein Rückgang der Positionswerte in Höhe von 16,3 Mrd € mit einem durchschnittlichen Risikogewicht von 12 % (siehe Tabelle 14). Dadurch ist die Kapitalunterlegung in der Forderungsklasse Zentralregierungen von 163 Mio € auf 7 Mio € zurückgegangen. Die Positionswerte im KSA sind dadurch in Summe um 17,5 Mrd € höher als zum 31. Dezember 2008 (siehe Tabelle 16).

Der zweite Tabellenblock bezieht sich auf die Portfolios, bei denen die Adressenausfallrisiken nach dem KSA kalkuliert werden. Die höchsten Positionswerte entfallen auf Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums. Die Eigenkapitalunterlegung im KSA-Portfolio entspricht in der Summe nahezu den Werten vom 31. Dezember 2008.

Die Eigenkapitalunterlegung für die gemäß § 338 Abs. 4 SolvV befristet vom IRBA ausgenommenen Beteiligungen ist aufgrund von Wertminderungen sowie geringerer aktivischer Unterschiedsbeträge mit 80 Mio € niedriger als zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2008.

Den wesentlichen Teil der Marktpreisrisiken innerhalb der Postbank stellen die Zinsrisiken dar. Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise bereits 2008 eingeleitete Rückführung des Marktrisikoe exposures wurde im Aktienbereich auch im Jahr 2009 konsequent beibehalten; im Zinsbereich erfolgte wieder eine aktivischere Ausrichtung. Für die Postbank sind zum Stichtag 31. Dezember 2009 unverändert keine Risiken aus Rohwarenpositionen sowie keine sonstigen Risiken aus Marktpreisrisikopositionen relevant (siehe auch Angaben zu den Marktpreisrisiken im Geschäftsbericht 2009 (S. 64 ff.)).

Für die Unterlegung der Operationellen Risiken beläuft sich der nach dem Standardansatz einmal jährlich ermittelte Anrechnungsbetrag auf 523 Mio €.

3.2.2 Gesamt- und Kernkapitalquote

In der folgenden Tabelle sind die Kapitalquoten für den Postbank Konzern und die wesentliche Tochter „Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg“ dargestellt. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten sind definiert als aufsichtsrechtliches Eigenkapital dividiert durch die risikogewichteten Positionswerte. Die „Deutsche Postbank AG“ und die „BHW Bausparkasse AG“ unterliegen der Waiver-Regelung gemäß § 2a KWG (siehe Kapitel 1 dieses Berichts). Der Postbank Konzern wendet mit Blick auf die Berücksichtigung des

Gesamt- und Kernkapitalquoten				
	Gesamtkapitalquote in %		Kernkapitalquote in %	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Deutsche Postbank Konzern, Bonn				
unter Berücksichtigung von Marktpreisrisikopositionen	9,2	10,4*)	6,6	6,4*)
ohne Berücksichtigung von Marktpreisrisikopositionen	–	–	7,6	7,2*)
Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg				
unter Berücksichtigung von Marktpreisrisikopositionen	10,0	10,0	10,0	10,0
ohne Berücksichtigung von Marktpreisrisikopositionen	–	–	10,0	10,2

*) Vorjahreswerte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 7

Eigenkapital-Floors nach Grundsatz I für die Übergangsregel nach § 339 Abs. 3 – 5 SolV das Auslegungsschreiben der BaFin vom 12. August 2008 an. Per 31. Dezember 2009 ergibt sich für die „Deutsche Postbank S.A., Luxemburg“ kein für die Einhaltung des Floors zusätzlich in der Eigenkapitalkalkulation zu berücksichtigender RWA-Anrechnungsbetrag, der nach dem luxemburgischen Aufsichtsrecht weiterhin gesondert zu kalkulieren und auszuweisen ist.

Die Kernkapitalquote (inklusive Marktpreisrisikopositionen gemäß SolV § 325 Abs. 2 Nr. 5) des Postbank Konzerns betrug zum 31. Dezember 2009 6,6% nach 6,4% zum Jahresende 2008. Ohne Berücksichtigung der nach der Standardmethode kalkulierten Marktpreisrisikopositionen per Berichtsstichtag liegt die Kernkapitalquote um 1,0 Prozentpunkte höher (per 31. Dezember 2008: 0,8 Prozentpunkte). Mit der geplanten Einführung eines internen Modells zur Kalkulation der Marktpreisrisiken werden eine Verringerung der entsprechenden Eigenmittelunterlegung und eine entsprechende Erhöhung der Eigenmittelquoten erwartet. Die Gesamt- und Kernkapitalquoten für den Postbank Konzern liegen per 31. Dezember 2009 durchgehend über den aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Mindestquoten von 4% für das Kernkapital und 8% für das Gesamtkapital. Die Postbank Gruppe hat die regulatorische Kapitaladäquanz während des gesamten Berichtszeitraums stets eingehalten.

Bei der Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalquote wird seit dem Meldestichtag 30. Juni 2009 die – durch die BaFin am 24. Juli 2009 veröffentlichte – angepasste KonÜV zugrunde gelegt. Hier sind unrealisierte Verluste aus Schuldtiteln – wie in den meisten anderen europäischen Jurisdiktionen bereits üblich – nicht mehr im regulatorischen Eigenkapital zu berücksichtigen. Dies erleichtert die Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene und wirkt Wettbewerbsverzerrungen entgegen. Durch die Änderung der KonÜV werden die Kapitalquoten von Banken auf europäischer Ebene besser vergleichbar. Außerdem nimmt die Volatilität der ausgewiesenen Kernkapitalquote deutlich ab.

Neben den Effekten aus der geänderten KonÜV haben auf Jahresfrist die Maßnahmen der Postbank zur Stärkung der Kapitalpositionen, Verbesserung des Risikoprofils und Reduktion der Volatilität deutlich ihre Wirkung entfaltet und damit maßgeblich dazu beigetragen, die Kernkapitalquote trotz der Kriseneinflüsse zu stabilisieren. Zur Stärkung der Kapitalquoten und zur Kompensation prozyklischer Effekte bei den risikogewichteten Aktiva ist die Einführung weiterer verfeinerter Modelle zur Risikomessung in Umsetzung.

3.3 Steuerung der ökonomischen Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird parallel unter zwei Gesichtspunkten überwacht. Als Ziel wird einerseits der Schutz erstrangiger Anleger innerhalb eines Liquidierungsszenarios (Anlegerschutz-Konzept) und andererseits die Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote in einem Fortführungsansatz (Going-Concern-Ansatz) verfolgt. Das Anlegerschutzkonzept dient als Grundlage für die Limitierung der Marktpreis-, Kredit- und Operationellen Risiken. Gemeinsam mit dem Konzept zur Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote liefert das Risikotragfähigkeitskonzept dem Management steuerungsrelevante Impulse hinsichtlich einer Kapitalsteuerung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals. Der Gesamtvorstand legt eine Risikoneigung in Form einer Eintrittswahrscheinlichkeit für unerwartete Verluste und einer Verlustobergrenze (Risikotoleranz) fest. Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Im Konzept zum Schutz der erstrangigen Anleger wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93% berechnet. Die Ermittlung der Risikodeckungsmasse im Anlegerschutz-Konzept richtet sich an der IFRS-Konzernbilanz aus. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill, dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse zusätzliche Abschläge und Limitpuffer verwendet.

2009 wurden die mit dem Risikotragfähigkeitskonzept verbundenen Methoden, Systeme und Prozesse u. a. im Hinblick auf die Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise eingehend überprüft und in Teilbereichen, z. B. bezüglich der durchgeführten Stresstests, der Anrechenbarkeit der verschiedenen Bestandteile der Risikodeckungsmasse und bezüglich des Tragfähigkeitskonzepts, basierend auf der Einhaltung der Mindestkernkapitalquote, überarbeitet. Das Risikotragfähigkeitskonzept wird anhand aktueller Erkenntnisse laufend überprüft und gegebenenfalls angepasst.

In dem weitgehend neu entwickelten Risikotragfähigkeitskonzept zur Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote (Going Concern) wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Eigenkapital und dem nach Auffassung der Postbank mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Dem so ermittelten freien Kernkapital und den geplanten Erträgen der kommenden drei bzw. zwölf Monate werden die möglichen GuV- bzw. unmittelbar eigenkapitalwirksamen Verluste aus Risikonahme des jeweils gleichen Zeitraums gegenübergestellt, um sicherzustellen, dass die Mindestkernkapitalquote zur Eigenkapitalunterlegung der Risikopositionen zu jedem Zeitpunkt innerhalb des Betrachtungszeitraums eingehalten wird. Dabei legt die Bank ein Konfidenzniveau von 90% zugrunde. Bei Erreichen definierter Schwellen wird eine Eskalation an den Vorstand ausgelöst.

Während der Finanzmarktkrise wurde primär ein Rezessionsszenario als Stresstest für die Zwecke der Betrachtung der Risikotragfähigkeit durchgeführt, bei dem zur Gewährleistung einer gesamthaften Risiko-bewertung die für die Postbank wesentlichen und operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko) definierten Stresstests unterzogen werden. Die Weiterentwicklung der integrativen Gesamtbankstresstests ist je nach Veränderung der Marktentwicklung sowie des Risikoprofils der Postbank ein stetiger, dynamischer Prozess. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch risikoartenspezifische Sensitivitätsanalysen und Stresstests durchgeführt.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand des Postbank Konzerns gemäß seiner Risikotoleranz nur einen Teil der Risikodeckungsmasse (ermittelt nach dem Anlegerschutzkonzept) zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko des Postbank Konzerns dar. Das Risikokapital wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand festgelegt und den nachstehenden für die Postbank relevanten Risikoarten zugeordnet:

- I Marktpreisrisiken,
- I Kreditrisiken,
- I Operationelle Risiken,
- I Beteiligungs- und Immobilienrisiken,
- I Kollektivrisiken aus dem Bauspargeschäft,
- I Geschäftsrisiken.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Zentralregierungen, Instituten und Unternehmen im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene und unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten (siehe Abschnitt 5.3.1). Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Die Postbank hat ihr Verfahren zur Berücksichtigung von Operationellen Risiken im internen Risikotragfähigkeitskonzept Anfang des dritten Quartals 2009 angepasst. Die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken basiert nun auf dem neu entwickelten internen Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeteilten Limits als Basis dient. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Ihr Risikokapital stellt Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Das Risikocontrolling überwacht regelmäßig die Angemessenheit dieser Abzugsgrößen. Liquiditätsrisiken werden in der Risikotragfähigkeit nicht explizit berücksichtigt und folglich nicht separat mit ökonomischem Risikokapital unterlegt. Bei der Limit- bzw. Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie Sensitivitätsanalysen berücksichtigt.

Zum Stichtag 31. Dezember 2009 lag die Auslastung des Limits für Marktpreisrisiken bei 56 %. Trotz einer tendenziell rückläufigen Risiko-limitauslastung (31. Dezember 2008: 78 %) wirken sich weiterhin vor allem die im Zuge der Finanzmarktkrise stark angestiegenen zur VaR-Berechnung verwendeten Volatilitätsparameter erhöhend aus.

Bezogen auf Kreditrisiken, lag die Limitauslastung nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse bei 80 % (31. Dezember 2008: 74 %). Zum 31. Dezember 2009 betrug der auf der Basis des internen Quantifizierungsmodells ermittelte VaR (Konfidenzniveau 99,93 %) für die Operationellen Risiken auf Gesamtbankebene 490 Mio €. Das entsprechende Limit war zu 87 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war somit jederzeit gegeben.

Solange die für die einzelnen Risikoarten vergebenen Limite auf Konzernebene eingehalten werden und die aggregierten Limite sowie die Abzugsgrößen geringer sind als die Risikodeckungsmasse, ist auf Basis der von der Bank getroffenen Korrelationsannahmen auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet. Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar. Zum 31. Dezember 2009 betrug das Verhältnis von Risiken zur Risikodeckungsmasse zum Schutz der definierten Kernkapitalquote 19 % (Horizont 3 Monate) bzw. 55 % (Horizont 12 Monate). Die verfügbare Risikodeckungsmasse ist ausreichend, um die Mindestkernkapitalquote zu halten.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Die Risikosituation ist auch 2009 mit Blick auf die Finanzmarktkrise unverändert angespannt gewesen. Während beim Marktpreisrisiko der 2009 beobachtete Rückgang der Marktvolatilität auch zu tendenziell niedrigeren Limitauslastungen führte, steigt vor dem Hintergrund der konjunkturellen Situation und eingetretener Ratingverschlechterungen insbesondere das Kreditrisiko (erwarteter und unerwarteter Verlust) kontinuierlich an.

Die Postbank erstellt des Weiteren zur Steuerung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals Hochrechnungen der Risikoaktiva und Eigenmittel für die kommenden 12 Monate. Dabei werden die Fälligkeiten von Eigenmittelbestandteilen, die Geschäftsentwicklung gemäß strategischer Mittelfristplanung, erwartete Bonitätsverschlechterungen und weitere Parameteränderungen berücksichtigt. Die Hochrechnungen erfolgen auf der Aggregationsebene der wesentlichen Forderungsklassen. Vor dem jeweiligen Meldestichtag werden detailliertere Hochrechnungen erstellt. Die Ergebnisse dienen dem Vorstand als Entscheidungsgrundlage bei der Ableitung von Steuerungsmaßnahmen.

Weitere Einzelheiten zur internen Steuerung des Eigenkapitals sind im Risikobericht des Geschäftsberichts 2009, S. 60 – 63, sowie in der Note 50 des Geschäftsberichts 2009, S. 147, aufgeführt.

4 Risikomanagement

Das Management banktypischer Risiken erfordert ein qualitativ hoch entwickeltes Risikomanagementsystem, in dem alle Entwicklungen frühzeitig und regelmäßig auf ihre Risikoauswirkung hin überprüft werden. Die Postbank identifiziert, analysiert und steuert diese Risiken systematisch und bezieht die Ergebnisse im Rahmen einer risikoorientierten Gesamtbanksteuerung ein. Darüber hinaus verfügt die Postbank über die erforderliche Dokumentation zum Management bankspezifischer Risiken sowie über ein entsprechendes Berichtssystem.

Die im Rahmen des Säule-III-Berichts betrachteten Risiken definiert die Postbank wie folgt:

I Marktpreisrisiken:

Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten), davon:

- Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch: aus der Änderung des Marktinzins resultierende Veränderungen des Marktwertes von zinssensitiven Finanzinstrumenten des Anlagebuchs.

I Kreditrisiken (Adressenausfallrisiken):

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken:

- Zahlungsunfähigkeitsrisiken: Risiken, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.
- Liquiditätsfristentransformationsrisiken: Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

I Operationelle Risiken:

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

Weitere für die Postbank relevante Risiken (Beteiligungs-, Immobilien-, Kollektiv- und Geschäftsrisiken) sind im Rahmen des Risiko-berichts im Geschäftsbericht 2009 dargestellt und sind nicht Gegenstand der Offenlegung nach der Solvabilitätsverordnung.

4.1 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostrategien für die Risikoarten Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Geschäftsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet. Sämtliche Strategien gelten gruppenweit; die in einzelnen Konzerneinheiten beschlossenen Risikostrategien (z. B. BHW) sind konsistent mit der Konzernrisikostrategie.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder, im Abgleich mit dem Risikoappetit des Postbank Konzerns. Sie werden im Rahmen der Risikostrategien, die auf den Geschäftsfeldstrategien basieren, dokumentiert. Die Postbank ist in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets aktiv. Die Postbank wird im Jahr 2010 ihre Verfahren zur Risikoallokation stringenter fassen (u. a. durch Einführung eines Bankrisikokomitees).

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung der Risiken aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil des Postbank Konzerns unterrichtet. Die grundlegenden Strategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten und die sonstigen Geschäftsfelder des Konzerns hat der Gesamtvorstand in Zusammenarbeit mit den Risikokomitees festgelegt. Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees			
	Kreditrisiko-komitee	Marktrisiko-komitee	OpRisk-Komitee
Vorstände,	- Ressourcen/Kredit	- Financial Markets	- IT/Operations
General-bevoll-mächtigte	- Financial Markets	- Finanzen	- Ressourcen/ Kredit
mächtigte	- Retail	- Ressourcen/Kredit	- Filialvertrieb
	- IT/Operations	- Chief Risk Officer	- Chief Risk Officer
	- Chief Risk Officer		
Tagungs-frequenz	- mindestens vierteljährlich	- mindestens monatlich	- halbjährlich
Aufgaben	- Limitallokation der Kreditrisiken	- Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken	- Definition Mindestanforderungen für Konzerneinheiten
	- Definition des Limitsystems	- Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs	- Definition Rahmenbedingungen für OpRisk
	- Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren	- Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation	- Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder
	- Festlegung Standardrisikokosten		

Tabelle 8

Das Kreditrisikokomitee ist für die strategische Steuerung des Adressenausfallrisikos, das Marktrisikokomitee für die strategische Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken verantwortlich. Dies schließt jeweils die Weiterverteilung des vom Gesamtvorstand zur Verfügung gestellten Globallimits ein. Das OpRisk-Komitee definiert die OpRisk-Strategie und entscheidet über die Allokation des Risikokapitals für Operationelle Risiken auf die Geschäftsfelder. Darüber hinaus legt es die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest und definiert die von allen Konzerneinheiten einzuhaltenden Mindestanforderungen.

Anfang 2010 hat der Vorstand beschlossen, ein Bankrisikokomitee einzurichten, das den Vorstand bei der übergreifenden Steuerung der Risiken und insbesondere bei der Festlegung des Risikoappetits, der Risikoallokation und den damit verbundenen Ertragszielen unterstützt.

Eine Kernaufgabe des Jahres 2009 war die Ausrichtung der Prozesse im Rahmen der im Vorjahr aufgesetzten Chief-Risk-Officer-Struktur (CRO-Struktur). Der CRO ist konzernweit für die risikoüberwachenden Funktionen zuständig. Er berichtet dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Gesamtrisikolage des Konzerns. Dem CRO sind in der Aufbauorganisation die Bereiche „Risiko-steuerung“, „Risikocontrolling“ und „Kreditgrundsätze“ zugeordnet. Der CRO und die genannten Bereiche sind seit dem 1. August 2009 dem Ressort Konzernsteuerung zugeordnet. In den Risikokomitees (Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken) ist der CRO als stimmberechtigtes Mitglied vertreten. Im Jahr 2010 ist beabsichtigt, die Struktur der CRO-Bereiche weiterzuentwickeln und noch stärker an den Risikoarten und übergreifenden Steuerungsfunktionen auszurichten. Ziel ist eine stärkere risikoartenübergreifende Konvergenz der Prozessdefinitionen und Überwachungsfunktionen.

Der Bereich Risikosteuerung betreibt den weiteren Ausbau der Gesamtbankrisikosteuerung und die Verzahnung mit der Banksteuerung im Finanzwesen. Ziel ist die Optimierung der bankweiten ökonomischen Kapital- und Risikoallokation auf Basis der Reports und Daten der Bereiche Risikocontrolling, Controlling und Meldewesen.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige, konzernweite Risikoüberwachungseinheit – bezogen auf alle Risikoarten. Im Bereich Risikocontrolling liegt die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung, -aggregation und -limitierung. Darüber hinaus liegt im Bereich Risikocontrolling auch die Verantwortung für die Konzeption und regelmäßige Erstellung des Risikotragfähigkeitsberichts des Postbank Konzerns. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter „BHW Bausparkasse AG“, „Deutsche Postbank International S.A.“, „PB Capital Corp.“ und der Niederlassung in London übernimmt dieser Bereich das operative Risikocontrolling und hat die Verantwortung für das Risiko-reporting auf Konzernebene.

Der Bereich Kreditgrundsätze erstellt das kreditfachliche Regelwerk für das Retail- und Baufinanzierungskreditgeschäft sowie die Konzernkreditrichtlinien für das Firmenkundengeschäft und die Financial Markets Aktivitäten des Postbank Konzerns. Neben den internen Managementvorgaben sind hierbei die MaRisk und die Vorgaben der Solvabilitätsverordnung maßgeblich.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern auf mehrere Einheiten verteilt: Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundensegments, dezentral die Tochtergesellschaften „BHW Bausparkasse AG“, „Deutsche Postbank International S.A.“, „PB Capital Corp.“ und „PB Factoring GmbH“ sowie die Niederlassung in London.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen – insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise – kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Innerhalb der Kreditrisikoüberwachung sind Prozesse, Berichtswege und Eskalationsmechanismen ergänzt bzw. ausgebaut worden, mit denen Kontrahenten- bzw. Emittentenrisiken überwacht werden und das Exposure nach z. B. verschiedenen Branchen, Kundengruppen und Einzeladressen aufgeschlüsselt wird.

Insbesondere innerhalb des Programms zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle für Marktpreisrisiken, Kreditrisiken und Operationelle Risiken wurden im Berichtsjahr 2009 weitere Fortschritte erzielt. Ziel des Programms ist die Stärkung der Konvergenz zwischen interner Risikosteuerung und aufsichtsrechtlicher Eigenmittelunterlegung sowie eine Optimierung der Systeme und Prozesse zur Risikosteuerung. Es ist geplant, nach aufsichtlicher Genehmigung die Risikomodelle für alle genannten Risikoarten auch für die Berechnung der regulatorischen Eigenmittelunterlegung gemäß Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise, aber auch mit Blick auf die Neufassung der MaRisk per 14. August 2009 hat die Postbank ein Projekt zur Weiterentwicklung der Steuerung von Risikokonzentrationen im Kreditgeschäft gestartet. Ziel ist ein systematisches Kreditportfoliomanagement, welches Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risiko-tragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Konzentrationen bei Liquiditäts-, Marktpreis- und sonstigen Risiken werden über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht. Die Begrenzung erfolgt über Volumens- oder Gap-Limite, die laufend überwacht werden, das Management dieser Risiken erfolgt im Rahmen der täglichen Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen).

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank zudem Ertragsrisiken in der Form, dass aus Kundengeschäften geringere Erträge als geplant erwirtschaftet werden können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Risikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Die Absicherung und Minderung der Risiken sowie die laufende Überwachung der zur Risikominderung getroffenen Maßnahmen werden in der Postbank dezidiert für die einzelnen Risikoarten gesteuert und in den nachfolgenden Abschnitten beschrieben.

Risikoartenbezogene Erläuterungen zu Strategien, Prozessen, Struktur und Organisation sind in den Abschnitten 5.1, 8.1, 9.1 und 10.1 beschrieben.

4.2 Konzernweites Risikoreporting

Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank werden durch ein umfassendes regelmäßiges Reporting über die Risikotragfähigkeit, die Risiken und die Limitauslastung informiert.

Die Risikotragfähigkeit wird konzernweit vierteljährlich ermittelt und in einem eigenständigen Bericht dargestellt. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte dargestellt. Das Reporting umfasst sämtliche relevanten Tochtergesellschaften der „Deutschen Postbank AG“. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des konzernweiten Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene liegen im Bereich Risikocontrolling.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting.

Die Reportinginstrumente sind risikoartenbezogen in den Abschnitten 5.4, 8.2, 9.2 und 10.2 beschrieben.

5 Management der Adressenausfallrisiken

5.1 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Die Verantwortung für das Risikomanagement im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (KRR) delegiert; die Überwachung durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Kreditrisikosteuerung festgelegt. Die strategisch strukturelle Steuerung erfolgt für den Postbank Konzern durch das Kreditrisikokomitee (KRR). Die operative Kreditrisikosteuerung erfolgt für die Postbank grundsätzlich zentral durch die Kreditbereiche Inland (KI) und Ausland (KA) sowie dezentral durch die Marktfolgeeinheiten der Tochtergesellschaften. Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion. Der Bereich Kreditgrundsätze erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen einschließlich Vorgaben für die Steuerung auf Portfolioebene.

Der Postbank Konzern steuert sein Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostategie. Die Kreditrisikostategie leitet sich aus der Geschäftsstrategie ab und ist als Teil des Risikomanagements in die Gesamtbanksteuerung integriert (siehe Abschnitt 4.1). Gegenstand der Kreditrisikostategie sind die Leitlinien und Instrumente der Kreditrisikosteuerung sowie die geplante Entwicklung des Kreditgeschäfts über einen definierten Planungszeitraum unter Berücksichtigung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds, der geschäftspolitischen Ausgangssituation und der Risikotragfähigkeit der Postbank.

Die Steuerung der Kreditportfolios Unternehmen, Retail, Institute sowie Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen orientiert sich an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde unter der besonderen Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Für Unternehmensfinanzierungen erfolgt zusätzlich eine einzelgeschäftsbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses aus risikoadjustierter Nettomarge und gebundenem Eigenkapital. Das Mengengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation nicht Teil des Zielfortfolios, sondern wird über die Nettomargenerwartung nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Die Abteilung Risikoanalytik ist verantwortlich für die regelmäßige Überprüfung sowohl der Angemessenheit der für Zwecke des Managements der Adressenausfallrisiken eingesetzten Methoden und Verfahren als auch der Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Ihr obliegt die Entwicklung und Implementierung von neuen Modellen und Anpassungen bestehender Systeme. Daneben überwacht die Abteilung Kreditrisikocontrolling kontinuierlich die Entwicklung der Risikoversorge und vierteljährlich die Einhaltung der Credit-Value-at-Risk-Limite.

Bei der Ratingdurchführung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings in einer Datenbank gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Die operative Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt sowohl auf Einzelgeschäftsebene als auch auf Portfolioebene in den Markt- und Marktfolgebereichen. Details werden im Abschnitt 5.3 „Rating-basiertes Kreditrisikomanagement“ beschrieben.

5.2 Ratingsysteme

5.2.1 Übersicht

Ratingsysteme dienen der Bonitätseinschätzung von Kreditnehmern, Objekten und Garanten und umfassen im Sinne des § 60 Abs. 1 SolvV alle Methoden, Verfahrensabläufe, Steuerungs- und Überwachungsprozeduren sowie Datenerfassungs- und Datenverarbeitungssysteme, die die Einschätzung von Adressrisiken, die Zuordnung von IRBA-Positionen zu Ratingstufen oder Risikopools (Rating) und die Quantifizierung von Ausfall- und Verlustschätzungen für die IRBA-Positionen unterstützen. Geeignet sind interne Ratingsysteme dann, wenn sie den Mindestanforderungen an die Nutzung des IRBA (§ 56 SolvV) entsprechen. Neben methodischen und prozessualorganisatorischen Anforderungen müssen die Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen haben.

Die Verantwortung für die Konzeption und die Implementierung der internen Ratingsysteme sowie die Überwachung der technischen Funktionsfähigkeit obliegt der Abteilung Risikoanalytik. Dazu gehören u. a. die Überprüfung der Vorhersagegüte sowie die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme. Zur Überwachung der Ratingsysteme gehören u. a. die Überprüfung der Vorhersagegüte und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme sowie die Einbindung der Ergebnisse der Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen.

Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert (siehe Abschnitt 5.4).

Zum Berichtsstichtag sind, bezogen auf die korrespondierenden IRBA-Forderungsklassen, für die folgenden Portfolios aufsichtsrechtlich genehmigte Ratingsysteme zur Eigenkapitalermittlung nach dem IRBA im Einsatz.

Übersicht der Ratingsysteme in den IRBA-Forderungsklassen

SolvV-Forderungsklasse:	Ratingsystem für:
Zentralregierungen	Zentralregierungen: Staaten
Institute	Institute: Banken
Unternehmen	Firmenkunden Inland Firmenkunden Ausland Angekaufte Forderungen Unternehmen Versicherungen
Unternehmen: Spezialfinanzierungen	Gewerbliche Finanzierungen Inland Gewerbliche Finanzierungen Ausland
Mengengeschäft: Grundpfandrechtl. besicherte IRBA-Positionen	Privatkunden Baufinanzierungen Postbank Privatkunden Baufinanzierungen BHW
Mengengeschäft: Qualifizierte revolvierende IRBA-Positionen, Sonstige IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden
Mengengeschäft: Sonstige IRBA-Positionen	Privatkunden Ratenkredite Angekaufte Unternehmensforderungen
Mengengeschäft: Angekaufte Forderungen	Angekaufte Forderungen Retail
Beteiligungen	Institute: Banken Firmenkunden Inland Firmenkunden Ausland

Tabelle 9

Die Ratingsysteme sind jeweils einer Forderungsklasse im Sinne der SolvV zugeordnet. Die jeweiligen Ratingmodelle kommen im Rahmen des Kreditantrags- bzw. Genehmigungsprozesses zur Erstklassifizierung sowie bei Überprüfungen der Bonitätseinschätzungen des Kreditnehmers bzw. des Garantiegebers oder sonstigen Trägern wirtschaftlichen Risikos zum Einsatz. Für Kreditnehmer sowie Garantiegeber aus den Bereichen Firmenkunden, Institute, Zentralregierungen sowie gewerbliche Finanzierungen verwendet die Postbank Ratingsysteme, die aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und um eine qualitative Komponente zur Einbeziehung werthaltiger Informationen in die Risikoklassifizierung ergänzt werden. Relevante Sicherheiten werden im Rahmen der Kreditrisikomindeungstechniken berücksichtigt (siehe Abschnitt 6.2).

Im Mengengeschäft setzt die Postbank statistische Scoringverfahren ein. Die Scoringverfahren verwenden intern und extern verfügbare Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kreditnehmers. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, die Verwertungsquoten sowie bei unbesicherten Krediten die Wiedereinbringungsquoten berücksichtigt. Bei der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Anteil der im Ausfallzeitpunkt ausgenutzten offenen Linien geschätzt.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse der Masterskala und die für diese Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur „Standard & Poor’s Rating Services“ an. Grundsätzlich vorzunehmende Modellvalidierungen stützen sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Kriterien Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten. In diesem Rahmen werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Zudem werden jährlich die Zuordnung der Ratingklassen der Postbank Masterskala zu Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Ergebnisse der Parameterschätzung (PD, LGD, CCF) durch die Abteilung Risikocontrolling Kreditrisiken überprüft. Die Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank ermöglicht grundsätzlich die direkte Ableitbarkeit geschäftspolitischer und modellrelevanter Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen.

In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Die Interne Revision prüft grundsätzlich jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Für alle Forderungen der Postbank, bei denen die Eigenkapitalanforderungen auf Basis des Kreditrisiko-Standardansatzes kalkuliert werden, werden die Ratings der Ratingagenturen „Standard & Poor’s Rating Services“, „Moody’s Investors Service“ und „Fitch Rating Ltd.“ herangezogen. Konkurrierende externe Ratings werden entsprechend §§ 44 und 45 SolvV behandelt. Bei Nichtverfügbarkeit externer Ratings werden Forderungen mit einem Risikogewicht in Höhe von mindestens 100 % unterlegt. Die Übertragung der externen Bonitätsbeurteilungen zugelassener Ratingagenturen erfolgt auf Basis §§ 42 – 47 SolvV. Übertragungen von Emissionsratings auf vergleichbare, gleich- oder höherrangige Forderungen wurden in allen KSA-Forderungsklassen nicht vorgenommen. Bei Verbriefungen erfolgt die Zuordnung externer Ratings analog §§ 235 ff. SolvV.

Im Folgenden werden die 2009 für die Eigenkapitalunterlegung verwendeten internen Ratingsysteme und deren Zuordnung zu den Forderungsklassen näher beschrieben.

5.2.2 Forderungsklasse Zentralregierungen

Das Ratingsystem für Zentralregierungen wird zur Klassifizierung von Forderungen gegenüber Schuldern genutzt, die gemäß § 74 SolvV der IRBA-Forderungsklasse „Zentralregierungen“ zugeordnet werden. Zum Einsatz kommt ein Expertenmodell, das auf der Grundlage von international vergleichbaren ökonomischen und politischen Kennzahlen entwickelt wurde. Als Basis der quantitativen Kennzahlen dient der Datenpool der Economic Intelligence Unit (EIU). Gegenwärtig werden unabhängig von der Zahl der Kreditnehmer

150 Staaten auf vierteljährlicher Basis regelmäßig klassifiziert. Bei Vorliegen wesentlicher bonitätsbeeinflussender Informationen wird ein unterjähriges Re-Rating vorgenommen.

5.2.3 Forderungsklasse Institute

Mit dem Ratingsystem für Institute werden alle Schuldner klassifiziert, die gemäß § 75 SolvV der IRBA-Forderungsklasse „Institute“ zugeordnet werden. Das Ratingsystem bewertet Institute auf Basis eines Bilanzratings unter Berücksichtigung der externen Long-Term-Ratings der drei großen Ratingagenturen „Standard & Poor’s“, „Moody’s“ und „Fitch Ratings“. Bei ausländischen Banken wird zusätzlich das Rating für Zentralregierungen in die Beurteilung einbezogen. Die Banken unterliegen nach dem Erstrating mindestens einmal jährlich einem Folgerating zur Überwachung der Bonität. Bei Vorliegen wesentlicher bonitätsbeeinflussender Informationen wird ein unterjähriges Re-Rating vorgenommen.

5.2.4 Forderungsklasse Unternehmen

Ratingsysteme Firmenkunden

Die Ratingsysteme „Firmenkunden Inland“ sowie „Firmenkunden Ausland“ (Westeuropa und Nordamerika) klassifizieren Schuldner, die gemäß § 80 SolvV der IRBA-Forderungsklasse „Unternehmen“ zugeordnet werden. Die Ratingsysteme bewerten einzelne Unternehmen hinsichtlich ihres Ausfallrisikos unter Nutzung statistisch kalibrierter Bilanzratings und Brancheninformationen. Außerdem werden zusätzlich qualitative Faktoren zur Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens in den Ratingsystemen berücksichtigt. Die genannten Kundenkreise unterliegen nach dem Erstrating mindestens einmal jährlich einem Folgerating zur Überwachung der Bonität. Bei Vorliegen wesentlicher bonitätsbeeinflussender Informationen wird ein unterjähriges Re-Rating vorgenommen.

Ratingsysteme Gewerbliche Finanzierungen

Mit den Ratingsystemen „Gewerbliche Finanzierungen Inland“ und „Gewerbliche Finanzierungen Ausland“ werden Fazilitäten im gewerblichen Wohnungsbau, Kredite an Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilien- und Mobilienleasing sowie Auslandsimmobilien klassifiziert, die gemäß § 81 SolvV der IRBA-Forderungsklasse „Spezialfinanzierungen“ zugeordnet werden. Entsprechend dem Charakter dieser Finanzierungen werden die Zahlungsfähigkeit des Kunden bzw. des Trägers des wirtschaftlichen Risikos ebenso berücksichtigt wie objektbezogene Risikotreiber. Letztere werden mittels Monte-Carlo-Simulationen variiert und in Form von Modellierungen künftiger Cashflows bei der Schätzung des Ausfallrisikos berücksichtigt. Alle Geschäfte sind nach dem Erstrating mindestens einmal jährlich einem Folgerating zu unterziehen. Bei Vorliegen wesentlicher bonitätsbeeinflussender Informationen wird grundsätzlich ein unterjähriges Re-Rating vorgenommen. Den einzelnen Ratingklassen der Ratingsysteme Gewerbliche Finanzierungen ist jeweils ein einfaches Risikogewicht für Spezialfinanzierungen gemäß § 97 SolvV zugeordnet.

Ratingsystem Versicherungen

Mit dem Ratingsystem „Versicherungen“ werden Versicherungsgesellschaften klassifiziert, die gemäß § 80 SolvV der IRBA-Forderungsklasse „Unternehmen“ zugeordnet werden. Das Ratingsystem bewertet Versicherungen auf Basis eines Bilanzratings unter Berücksichtigung der externen Long-Term-Ratings der drei großen Ratingagenturen „Standard & Poor's“, „Moody's“ und „Fitch Ratings“. Die Versicherungen unterliegen nach dem Erstrating mindestens einmal jährlich einem Folgerating zur Überwachung der Bonität. Bei Vorliegen wesentlicher bonitätsbeeinflussender Informationen wird ein unterjähriges Re-Rating vorgenommen.

5.2.5 Forderungsklasse Mengengeschäft

Privatkunden (PK) Baufinanzierungen

Mit den Ratingsystemen „Privatkunden Baufinanzierungen Postbank“ und „Privatkunden Baufinanzierungen BHW“ werden standardisierte Wohnungsbaukredite klassifiziert. Sie werden gemäß § 77 Abs. 3 SolvV der IRBA-Forderungsklasse „Mengengeschäft, Grundpfandrechtl. besicherte Positionen“ zugeordnet. Da Kreditausfälle in den Sparten Eigennutzung und Fremdnutzung unterschiedliche Ursachen haben, werden zwei Modellvarianten der Ratingsysteme eingesetzt. Die Wohnungsbaufinanzierungen unterliegen einem Antragsscoring. Für die Pools der ungesicherten Altbestände und der Mahnstufen erfolgen separate Poolschätzungen der Ausfallwahrscheinlichkeit und des Verlusts bei Ausfall.

Giro-/Dispokredite für Geschäftskunden

Mit dem Ratingsystem „Giro-/Dispokredite“ werden zeitlich unbefristete Überziehungskredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden mit maximalem Kreditvolumen in Höhe von 100 T€ im Inland klassifiziert. Sie werden gemäß § 77 Abs. 2 SolvV der IRBA-Forderungsklasse „Mengengeschäft, qualifizierte revolvingende Kredite“ zugeordnet. Das Scoringssystem unterscheidet hierbei zwischen Neukunden sowie Bestandskunden mit und ohne Limit. Die Giro-/Dispokredite unterliegen einem Antragsscoring und einem monatlichen Folgescoring in Form eines internen Verhaltensscorings, das die Ausfallrisiken individuell auf Basis der Kontoführungsdaten und bestimmter externer Informationen bewertet.

Privatkunden Ratenkredite

Mit dem Ratingsystem „Privatkunden Ratenkredite“ werden standardisierte Ratenkredite an Privatpersonen klassifiziert. Sie sind gemäß § 77 Abs. 4 SolvV der IRBA-Forderungsklasse „Sonstiges Mengengeschäft“ zugeordnet. Entscheidungen über Ratenkreditanträge werden an das Ergebnis des Scoringmodells „Privatkunden Ratenkredite“ geknüpft. Es basiert auf der Nutzung langjähriger interner Ausfallhistorien sowie auf Daten externer Auskunftsteilen. Die Ratenkredite unterliegen einem Antragsscoring. Für die Pools der ungesicherten Altbestände und der Mahnstufen erfolgen separate Poolschätzungen der Ausfallwahrscheinlichkeit und des Verlusts bei Ausfall.

5.2.6 Forderungsklasse Angekaufte Forderungen

Angekaufte Forderungen Retail

Mit dem Ratingsystem „Angekaufte Forderungen Retail“ werden angekaufte Baufinanzierungen, die im Rahmen von Kooperationsverträgen mit Banken, Bausparkassen und Versicherungen übernommen werden und den größten Teil des Segments der angekauften Forderungen ausmachen, klassifiziert. Die Postbank nutzt für angekaufte Forderungen die Möglichkeit der Risikobestimmung auf Poolebene nach dem Top-Down-Ansatz. Dafür werden die Einzelorderungen zu homogenen Portfolios mit einer gleichen mittleren Ausfallwahrscheinlichkeit und einem gleichen Verlust bei Ausfall zusammengefasst. Das Ratingsystem lehnt sich methodisch eng an das System zur Klassifizierung von Baufinanzierungen an.

Angekaufte Forderungen Unternehmen

Das Ratingsystem „Angekaufte Forderungen Unternehmen“ bezieht sich auf die Debitoren der angekauften Forderungen. Die Forderungen werden – je nach Limitvolumen – der IRBA-Forderungsklasse „Unternehmen“ oder der IRBA-Forderungsklasse „Mengengeschäft“ zugeordnet. Die Debitoren der Forderungsklasse „Unternehmen“ werden mit den Ratingsystemen „Firmenkunden Inland“ und „Firmenkunden Ausland“ einzeln geratet. Für die Debitoren der Forderungsklasse „Mengengeschäft“ erfolgt jeweils eine separate Poolschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit und des Verlusts bei Ausfall. Das Veritätsrisiko wird in beiden Fällen separat durch Einbeziehung der Qualität des Anschlusskunden in die Risikobewertung berücksichtigt. Die Debitoren unterliegen nach dem Erstrating mindestens einmal jährlich einem Folgerating zur Überwachung der Bonität. Bei Vorliegen wesentlicher bonitätsbeeinflussender Informationen wird ein unterjähriges Re-Rating vorgenommen.

5.2.7 Forderungsklasse Beteiligungen

Beteiligungen

Beteiligungen, die Bestandteil der Investmentanteile der „PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt/Main“ sind, werden nach § 78 Abs. 2 Nr. 1a SolvV abhängig von der Forderungsklasse („Institute“ oder „Unternehmen“) mit dem Ratingsystem für Institute, dem Ratingsystem Firmenkunden Inland oder dem Ratingsystem Firmenkunden Ausland klassifiziert. Die Beteiligungen unterliegen nach dem Erstrating mindestens einmal jährlich einem Folgerating zur Überwachung der Bonität. Bei Vorliegen wesentlicher bonitätsbeeinflussender Informationen wird ein unterjähriges Re-Rating vorgenommen.

5.3 Ratingbasiertes Kreditrisikomanagement

Im Folgenden werden die wesentlichen weiteren Einsatzgebiete der Risikoparameter, die für Zwecke der Eigenkapitalunterlegung intern geschätzt werden, differenziert nach dem Management der Kreditrisiken, auf Einzel- und Portfolioebene dargestellt.

5.3.1 Management der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und für die Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen zusätzlich von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners, im Retail-Geschäft abhängig von der Struktur der Fazilität.

Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk, SolvV). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nichtrisikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft des Postbank Konzerns werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen an Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für das Mengengeschäft auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für die Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen individuell statt.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 500 T€ je Kreditnehmer/Kreditnehmereinheit bzw. bei Baufinanzierungen je Finanzierungsobjekt/Hauptdarlehen) hat die Postbank entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditrisikos anhand von Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit sowie dem Kreditrisikokomitee quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

5.3.2 Management auf Portfolioebene

Zusätzlich zur Überwachung der Einzelrisiken ermittelt die Postbank den Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestands des Konzerns. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwertes des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, der innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied dazu ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf den Forderungsbestand, der erwartungsgemäß im Durchschnitt innerhalb eines Zeitintervalls von einem Jahr in Verzug geraten bzw. ausfallen wird. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating und der Laufzeit des Kontrahenten bzw. Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Postbank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Konzernkreditportfolios berechnet, für einzelne Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen Credit Values-at-Risk der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen, mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse entstehen könnten. Identifizierte Verbesserungspotenziale bei der Erkennung von risikorelevanten Kreditnehmerverflechtungen im Portfoliomodell und den bestandsführenden Systemen werden zügig realisiert.

5.4 Reporting

Die Postbank nutzt verschiedene Reportinginstrumente zur Darstellung der Adressenausfallrisiken.

- I Der Kreditrisikobericht, der dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich zur Kenntnis gegeben wird, gibt Aufschluss über die Entwicklung des aktuellen Konzernkreditportfolios und die Ausfallentwicklung auf Einzelgeschäftsebene. Neben der Darstellung von Kreditbestands- und -risikokennzahlen werden u. a. die größten auf den Einzelschuldner aggregierten Forderungsbestände und die größten notleidenden Kredite sowie die Auslastung der Risikolimite dargestellt. Der Kreditrisikobericht wird durch das Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Der Credit-Monitoring-Bericht wird vierteljährlich parallel zum Kreditrisikobericht erstellt und enthält zusätzliche Detailinformationen auf Geschäftsfeld- und Produktebene zur Steuerung der Kreditrisiken durch die operativen Einheiten. Der Credit-Monitoring-Bericht wird durch das Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastungen, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modell-Monitoring-Reports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumentieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d. h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.
- I Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren und wertberechtigten Engagements.

6 Quantitative Angaben zu Art und Umfang der Adressenausfallrisiken

6.1 Angaben zur Struktur des Kreditportfolios

Die Geschäftsstrategie der Postbank sieht eine konservative Risikopositionierung mit Schwerpunkt auf dem Mengengeschäft mit Privatkunden, hypothekarisch besicherten gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie Finanzanlagen mit sehr guten und guten Bonitätsnoten vor. Die Postbank verfügt daher über ein im Branchenvergleich strukturell günstiges Gesamtrisikoprofil. Die in diesem Kapitel ausgewiesenen Forderungsbeträge beziehen sich grundsätzlich auf das Gesamtportfolio des Postbank Konzerns. Die Tabellen in diesem Kapitel weisen nicht die kreditunabhängigen Aktiva aus. Ebenso sind die im Abschnitt 7.2 dieses Berichts ausführlich dargestellten Beteiligungen und die im Abschnitt 7.3 dargestellten Verbriefungspositionen der Postbank in den Tabellen dieses Kapitels nicht enthalten.

6.1.1 Gliederung der Forderungswerte nach Branchen, geografischen Gebieten und Restlaufzeiten

Gemäß § 327 Abs. 2 SolvV werden im Folgenden die Forderungswerte nach Regionen, Branchen und Restlaufzeiten dargestellt. Die Tabellen stellen jeweils das Kreditvolumen, differenziert nach Forderungsarten zum Offenlegungstichtag, dar. Die bilanziellen und die außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren historischen Anschaffungswerten bzw. Buchwerten vor Kreditrisikominderung und vor Einzelwertberichtigungen ausgewiesen, die Derivate mit den positiven Wiederbeschaffungswerten. Das bilanzielle Geschäft beinhaltet im Wesentlichen Anleihen, Darlehen, Kontokorrentkredite, Wohnungsbaukredite, Spezialfinanzierungen, Wertpapier-Leihe-Geschäfte, Repo-Geschäfte und Leasing-Geschäfte. Das außerbilanzielle Geschäft umfasst überwiegend nicht ausgenutzte offene Linien. Darüber hinaus sind in den Tabellen auch die Bemessungsgrundlagen von Veritätsrisikopositionen angekaufter Forderungen enthalten.

Das Gesamtvolumen der Forderungswerte ist gegenüber dem Offenlegungsbericht vom 31. Dezember 2008 insgesamt von 237,3 Mrd € auf 236,2 Mrd € aufgrund des unterschiedlichen Ansatzes von Derivaten, Bauspardarlehen und Repos im Vergleich zur Darstellung der Entwicklung im Geschäftsbericht nur leicht zurückgegangen. Die Forderungswerte für das derivative Geschäft sind gegenüber dem 31. Dezember 2008 trotz eines Anstiegs der derivativen Adressenausfallrisikopositionen (vgl. Tabelle 24) nach Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen insgesamt auf 1.229 Mio € zurückgegangen. Die Beträge am Offenlegungstichtag weichen insgesamt nicht wesentlich von den Durchschnittsbeträgen über die Forderungswerte der vergangenen Berichtsperioden ab, sodass ein Ausweis der Durchschnittsbeträge in diesem Bericht nicht erfolgt.

Die folgende Tabelle weist die Forderungen, differenziert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen bzw. Schuldnergruppen, aus. In der Darstellung sind die gewerblichen Realkredite gegenüber der bisherigen Berichterstattung nunmehr als separate Branche ausgewiesen. Die Vorjahreswerte sind diesbezüglich angepasst worden. In der Tabelle erkennbare Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr sind zum Teil durch Anpassungen im Branchenschlüssel begründet. Die Branchenverteilung des Portfolios ist im Vergleich zum Offenlegungsbericht vom 31. Dezember 2008 insgesamt nahezu stabil geblieben und entspricht dem in der Risikostrategie der Postbank festgelegten Zielfortfolio. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in nationalen und internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Daneben besteht ein großes Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands oder anderer europäischer Nationen, sowie Forderungen gegenüber Instituten, Versicherungen und Finanzdienstleistern des Bereichs Financial Markets. Zur Steuerung der Investitionen im Nicht-Mengengeschäft ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das aus Diversifikationsicht optimiert wurde.

Forderungswerte vor Kreditrisikominderung, aufgegliedert nach Branchen																		
Forderungsarten	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister				Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €		
Bilanzielle Geschäfte	71.112	68.645	67.220	75.092	28.714	29.366	16.592	14.069	6.656	4.331	3.631	5.270	6.972	5.672	200.897	202.445		
Außerbilanzielle Geschäfte	22.475	22.941	1.185	1.929	391	1.197	1.314	1.908	3.009	3.847	1.674	919	4.029	381	34.077	33.122		
Derivative Geschäfte	–	–	1.011	1.504	31	–	96	93	64	32	12	17	15	104	1.229	1.750		
Gesamt	93.587	91.586	69.416	78.525	29.136	30.563	18.002	16.070	9.729	8.210	5.317	6.206	11.016	6.157	236.203	237.317		

Tabelle 10

Die nachstehende Tabelle weist das Kreditvolumen, differenziert nach Forderungsarten und aufgegliedert nach den für die Postbank wesentlichen geografischen Geschäftsgebieten, aus. Die Aufteilung der geografischen Gebiete erfolgt entsprechend der Kreditrisikostategie der Postbank. Die Zuordnung erfolgt nach dem juristischen Sitzland des Kreditnehmers. Die regionale Verteilung des Portfolios ist gegenüber dem Offenlegungsbericht vom 31. Dezember 2008 nahezu stabil geblieben und zeigt eine strategiekonforme Konzentration der Postbank auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa und Nordamerika, die u. a. von den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen eingegangen wurden.

Forderungswerte vor Kreditrisikominderung, aufgegliedert nach geografischen Gebieten								
Forderungsarten	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Bilanzielle Geschäfte	133.722	123.413	59.441	67.595	7.734	11.437	200.897	202.445
Außerbilanzielle Geschäfte	32.487	28.482	1.356	3.259	234	1.381	34.077	33.122
Derivative Geschäfte	401	672	514	709	314	369	1.229	1.750
Gesamt	166.610	152.567	61.311	71.563	8.282	13.187	236.203	237.317

Tabelle 11

Das Kreditvolumen, differenziert nach Forderungsarten und den für die Postbank wesentlichen Restlaufzeitbändern, wird in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Girokonten, Avale und Geschäfte in Abwicklung sind grundsätzlich dem Restlaufzeitband „täglich fällig“ zugeordnet. Das im Laufzeitband über fünf Jahre ausgewiesene Volumen ist zum Großteil geprägt durch längerfristige Anleihen sowie private Baufinanzierungen und gewerbliche Finanzierungen.

Forderungswerte vor Kreditrisikominderung, aufgegliedert nach vertraglicher Restlaufzeit												
Forderungsarten	Ein Tag oder täglich fällig		Bis einschl. drei Monate		Mehr als drei Monate bis einschl. ein Jahr		Mehr als ein Jahr bis einschl. fünf Jahre		Mehr als fünf Jahre oder unbefristet		Gesamt	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Bilanzielle Geschäfte	10.386	6.513	20.233	25.030	9.246	11.501	57.204	65.483	103.828	93.918	200.897	202.445
Außerbilanzielle Geschäfte	16.084	18.888	243	263	2.864	1.248	2.518	4.185	12.368	8.538	34.077	33.122
Derivative Geschäfte	66	0	52	750	60	161	177	640	874	199	1.229	1.750
Gesamt	26.536	25.401	20.528	26.043	12.170	12.910	59.899	70.308	117.070	102.655	236.203	237.317

Tabelle 12

6.1.2 Positionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen

Die Tabelle „Positionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen nach einfacher Risikogewichtungsmethode“ veranschaulicht die Positionswerte der gewerblichen Finanzierungen der Postbank, aufgeteilt nach den Risikogewichtsklassen der einfachen Risikogewichtungsmethode nach § 97 SolV für Spezialfinanzierungen. Dabei handelt es sich um Kredite im gewerblichen Wohnungsbau, Kredite an Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilien- und Mobilienleasing, Auslandsimmobilien sowie Kredite im privaten Wohnungsbau für Objekte mit mehr als zehn Wohneinheiten. Das Portfolio ist gegenüber dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2008

infolge einer Geschäftsausweitung von 15,6 Mrd € auf 17,7 Mrd € gestiegen. Im Jahr 2009 erfolgte zum Teil eine Ratingherabstufung einzelner Spezialfinanzierungen. Die Entwicklung ist durch ein überproportionales Wachstum der nach Basel-II-Definition ausgefallenen Engagements gekennzeichnet. Sie resultiert neben den Auswirkungen der Finanzmarktkrise daraus, dass das gesamte Portfolio im vierten Quartal 2009 einem intensiven Review mit konservativeren Maßstäben unterzogen wurde. Die Spezialfinanzierungen sind mit den Ratingsystemen „Gewerbliche Finanzierungen Inland“ bzw. „Gewerbliche Finanzierungen Ausland“ (Großbritannien und USA) geratet. Den einzelnen Ratingklassen ist jeweils ein einfaches Risikogewicht für Spezialfinanzierungen gemäß § 97 SolV zugeordnet.

Positionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen nach einfacher Risikogewichtungsmethode		
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Risikogewichtsklasse 1 (stark)	12.361	11.438*
Risikogewichtsklasse 2 (gut)	1.728	2.557*
Risikogewichtsklasse 3 (befriedigend)	234	496*
Risikogewichtsklasse 4 (schwach)	323	244*
Risikogewichtsklasse 5 (ausgefallen)	3.043	872*
Gesamt	17.689	15.607

*) Vorjahreswerte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 13

6.1.3 Positionswerte nach Forderungsarten und Risikoklassen

Die folgenden Tabellen weisen im Gegensatz zu den Tabellen 10 bis 12 keine historischen Anschaffungswerte bzw. Buchwerte als Bemessungsgrundlage für die Höhe des Kreditrisikos aus, sondern Positionswerte. Die beiden Größen unterscheiden sich dahingehend, dass die entsprechend den sogenannten Konversionsfaktoren anteilig

berücksichtigten außerbilanziellen Geschäfte – in der Regel offene Kreditzusagen – als erwartete Inanspruchnahme der Kredite im Fall eines möglichen Ausfallereignisses Bestandteil der Positionswerte sind. Der Konversionsfaktor beträgt in den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen im IRB-Basis-Ansatz, z. B. für unwiderrufliche Kreditzusagen, 75 %. Derivate werden in dieser Tabelle mit Kreditäquivalenzbeträgen ausgewiesen.

Die Tabelle „IRBA-Positionswerte und durchschnittliche Risikogewichte nach Forderungsarten und Risikoklassen“ enthält für Zentralregierungen, Institute und Unternehmen neben dem Gesamtbetrag der Positionswerte die nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen sowie das mit den Positionswerten gewichtete Durchschnittsrisikogewicht pro Risiko- und Forderungsklasse anteilig für die Bonitätsbereiche „Investment Grade“ und „Speculative Grade“. Der Bonitätsbereich „Investment Grade“ ist unterteilt in die für die Postbank wesentlichen Risikogewichtsbänder „AAA“, „AA“, „A“ und „BBB“, wobei die Spezialfinanzierungen gesondert ausgewiesen sind. Kreditunabhängige Aktiva, Beteiligungen, Verbriefungen und nach der Basel-II-Definition ausgefallene Forderungen sind in den folgenden Tabellen nicht dargestellt.

IRBA-Positionswerte und durchschnittliche Risikogewichte nach Forderungsarten und Risikoklassen in den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen													
	IRBA-Forderungsklasse	Investment Grade (AAA bis BBB-)					Spezialfinanzierungen „Stark“	Gesamt (PD ≤ 0,475 %)	Speculative Grade (BB+ bis CCC-) (PD > 0,475 %)	Gesamt per 31.12.2009	Vergleichswerte per 31.12.2008		
		AAA (PD ≤ 0,015 %)	AA (PD > 0,015 %, PD ≤ 0,045 %)	A (PD > 0,045 %, PD ≤ 0,125 %)	BBB (PD > 0,125 %, PD ≤ 0,475 %)	Gesamt					Investment Grade (AAA–BBB–)	Speculative Grade (BB+–CCC–)	Gesamt
Ø Risikogewicht	Zentralregierungen	–	–	36 %	50 %	–	49 %	94 %	51 %	12 %	72 %	12 %	
	Institute	24 %	11 %	15 %	30 %	–	15 %	74 %	15 %	15 %	269 %	15 %	
	Unternehmen	13 %	15 %	33 %	60 %	64 %	55 %	108 %	64 %	53 %*)	103 %*)	62 %*)	
	davon: KMU	–	–	28 %	51 %	–	47 %	68 %	53 %	41 %	80 %	52 %	
	davon: Spezialfinanzierungen	–	–	–	–	64 %	64 %	108 %	71 %	66 %*)	100 %*)	74 %*)	
	davon: Angekaufte Forderungen	13 %	15 %	33 %	63 %	–	26 %	112 %	34 %	21 %	97 %	27 %	
	Gesamt	13 %	11 %	15 %	49 %	64 %	27 %	108 %	31 %	22 %	103 %	26 %	
Gesamtbetrag der Positionswerte Mio €	Zentralregierungen	–	–	14	136	–	150	8	158	16.407	47	16.454	
	Institute	9	3.391	52.041	3.476	–	58.917	28	58.945	69.108	9	69.117	
	Unternehmen	1.950	48	2.498	6.419	12.361	23.276	4.710	27.986	20.924*)	4.701*)	25.625*)	
	davon: KMU	–	–	83	333	–	416	181	597	273	112	385	
	davon: Spezialfinanzierungen	–	–	–	–	12.361	12.361	2.285	14.646	11.438*)	3.298*)	14.736	
	davon: Angekaufte Forderungen	1.950	48	112	681	–	2.791	292	3.083	1.704	152	1.856	
	Gesamt	1.959	3.439	54.553	10.031	12.361	82.343	4.746	87.089	106.439	4.757	111.196	
davon: offene Kreditzusagen Mio €	Zentralregierungen	–	–	–	13	–	13	–	13	13	–	13	
	Institute	–	–	13	15	–	28	–	28	29	–	29	
	Unternehmen	537	–	822	1.484	596	3.439	440	3.879	2.509	801	3.310	
	davon: KMU	–	–	58	125	–	183	54	237	67	31	98	
	davon: Spezialfinanzierungen	–	–	–	–	596	596	211	807	710	716	1.426	
	davon: Angekaufte Forderungen	537	–	–	–	–	537	–	537	–	–	–	
	Gesamt	537	–	835	1.512	596	3.480	440	3.920	2.551	801	3.352	

*) Vorjahreswerte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 14

Die Zusammensetzung der Teilportfolios Zentralregierungen, Institute und Unternehmen verdeutlicht die Fokussierung auf den Bonitätsbereich „Investment Grade“. Der überwiegende Teil der Positionswerte entfällt auf die Forderungskategorie Institute mit sehr niedrigem Risikogewicht. Der Rückgang der Positionswerte für Zentralregierungen ergibt sich durch die erstmalige Anwendung des dauerhaften Partial Use für nicht inländische Geschäftspartner aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums 2009. Das insgesamt höhere durchschnittliche Risikogewicht für Spezialfinanzierungen ergibt sich aus Verschiebungen zwischen den aufsichtlich vorgegebenen Risikoklassen bei der Anwendung der einfachen Risikogewichtungsmethode. Gegenüber dem 31. Dezember 2008 sind in der Forderungskategorie Institute ein Rückgang der Positionswerte von 69,1 Mrd € auf 58,9 Mrd € sowie ein Anstieg der Positionswerte für Unternehmen von 25,6 Mrd € auf 28,0 Mrd € zu beobachten. Bedingt durch Ratingherabstufungen als Folge der Finanzmarktkrise sind die durchschnittlichen Risikogewichte in der Gesamtheit leicht gestiegen.

Die Tabelle „IRBA-Positionswerte des Mengengeschäfts nach Forderungsarten und Risikoklassen“ enthält für die einzelnen für die Postbank wesentlichen Expected-Loss-Bänder den Gesamtbetrag der Positionswerte einschließlich der gemäß Basel II ausgefallenen Forderungen. Als qualifizierende revolving IRBA-Positionen des Mengengeschäfts werden insbesondere Kontokorrentkredite an Geschäftskunden, die die Anforderungen der SolvV an das Mengengeschäft erfüllen, ausgewiesen. Dagegen werden die Kontokorrentkredite im Privatkundensegment nach dem KSA behandelt.

IRBA-Positionswerte des Mengengeschäfts nach Forderungsarten und Risikoklassen		Expected-Loss-Band 0,00 – 5,00 %		Expected-Loss-Band 5,01 – 20,00 %		Expected-Loss-Band 20,01 – 50,00 %		Expected-Loss-Band 50,01 – 100,00 %		Gesamt	
		31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
IRBA-Forderungskategorie											
Gesamt- betrag der Positionswerte	Grundpfandrechtlich besicherte IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	59.677	58.183	891	1.302	757	864	164	29	61.489	60.378
	Qualifizierte revolving IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	410	21	31	1	0	0	0	0	441	22
	Sonstige IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	6.432	6.678	121	230	141	57	141	84	6.835	7.049
	Gesamt	66.519	64.882	1.043	1.533	898	921	305	113	68.765	67.449

Tabelle 15

Die Ausleihungen des Teilportfolios IRBA-Mengeschäft sind im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Sie spiegeln die Ausrichtung der Postbank als führende deutsche Retail-Bank wider. Mit einem Volumen in Höhe von 61,5 Mrd € grundpfandrechtlich besicherter IRBA-Positionen von insgesamt 68,8 Mrd € im Mengengeschäft zeigt sich eine Fokussierung auf die Immobilienfinanzierung an Privatkunden. Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine sehr gute Risikostruktur auf; erwartungsgemäß hat jedoch die aktuelle wirtschaftliche Situation in Tabelle 15 zu einem Anstieg im Expected-Loss-Band über 50 % auf 305 Mio € nach 113 Mio € zum 31. Dezember 2008 geführt.

Die nachstehende Tabelle weist gemäß § 328 Abs. 2 SolvV die jeweilige Summe der KSA-Positionswerte vor und nach Anwendung von Kreditminderungstechniken aus, die nach den §§ 26 – 39 SolvV und der aufsichtsrechtlichen Zuordnung von Bonitätsbeurteilungen

zu Bonitätsstufen einer bestimmten Bonitätsstufe zugeordnet sind oder von den Eigenmitteln abgezogen wurden. Die Tabelle weist auch Portfolios aus, die nicht gemäß § 67 SolvV bei der Berechnung des Abdeckungsgrades berücksichtigt werden. In der Tabelle sind keine Verbriefungen und Beteiligungen abgebildet.

Gesamtsumme der KSA-Positionswerte vor und nach Kreditrisikominderung je Risikogewichtsklasse					
Portfolio	Risiko- gewichtsklasse	31.12.2009		31.12.2008	
		KSA-Positionswerte vor Kreditrisikominderung Mio €	KSA-Positionswerte nach Kreditrisikominderung Mio €	KSA-Positionswerte vor Kreditrisikominderung Mio €	KSA-Positionswerte nach Kreditrisikominderung Mio €
Portfolios gemäß §§ 26–31, 33, 38–39 SolvV	0 %	37.603	37.603	20.426	20.425
(Zentralregierungen, Regionalregierungen, örtliche Gebietskörperschaften, sonstige öffentliche Stellen, internationale Organisationen, Institute, Unternehmen, sonstige Positionen, überfällige Positionen)	20 %	2.906	2.906	5.509	5.440
	50 %	1.269	1.269	1.163	1.163
	100 %	4.894	4.894	4.597	4.597
	150 %	197	197	119	119
	Gesamt	46.869	46.869	31.814	31.744
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen (§ 32 SolvV)	10 %	1.159	1.159	1.198	1.198
	Gesamt	1.159	1.159	1.198	1.198
Durch Immobilien besicherte Positionen (§ 35 SolvV)	35 %	335	335	358	358
	50 %	2.869	2.869	2.797	2.797
	Gesamt	3.204	3.204	3.155	3.155
Mengengeschäft (§ 34 SolvV)	75 %	2.925	2.925	2.850	2.850
	Gesamt	2.925	2.925	2.850	2.850
KSA-Anleihen innerhalb der Investmentanteile (§ 36 i. V. m. § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 SolvV)	0 %	624	624	303	303
	11 %	211	211	599	599
	22 %	219	219	152	152
	55 %	539	539	805	805
	110 %	487	487	405	405
	200 %	91	91	57	57
	300 %	179	179	–	–
	Gesamt	2.350	2.350	2.321	2.321
Investmentanteile mit Risikogewichtsanlieferung durch Dritte (§ 83 Abs. 5 SolvV)	< 20 %	38	38	1.727	1.727
	Gesamt	38	38	1.727	1.727
Gesamt		56.545	56.545	43.065	42.995

Tabelle 16

Die hohen Positionswerte, die im KSA mit einem Risikogewicht von 0 % angerechnet werden, entfallen überwiegend auf Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums. In den KSA-Portfolios rechnet die Postbank – neben den in Abschnitt 7.3 für Verbriefungen ausgewiesenen finanziellen Sicherheiten – zum Stichtag keine finanziellen Sicherheiten kapitalmindernd an (Vorjahresresultimo: 70 Mio €), sodass der Spaltenausweis vor und nach Kreditrisikominderung identisch ist. Der Anstieg gegenüber dem 31. Dezember 2008 ist durch die erstmalige Anwendung des dauerhaften Partial Use im Jahr 2009 für die genannten nicht inländischen Positionen des europäischen Wirtschaftsraums zu begründen. In der Forderungskategorie Mengengeschäft werden insbesondere die Inanspruchnahmen der Kontokorrentkredite im Privatkundensegment ausgewiesen. Für nicht ausgenutzte Kreditlinien ist für Kontokorrentkredite an Privatkunden gemäß § 51 SolvV ein Konversionsfaktor in Höhe von 0 % maßgeblich. Der Ausweis der Investmentanteile nach Risikogewichtsklassen erfolgt entsprechend der Darstellung in Tabelle 27 (siehe Abschnitt 7.2).

6.2 Angaben zu Kreditrisikominderungstechniken

6.2.1 Grundzüge der Absicherung und Minderung der Risiken

Die im täglichen Geschäftsbetrieb eingegangenen Risiken können durch Kreditrisikominderungstechniken in Form von Sicherheiten, Gewährleistungen/Kreditderivaten oder Aufrechnungsverfahren (Netting) reduziert werden.

Zur Berücksichtigung der Sicherheiten bei der Berechnung der Eigenmittelausstattung hat die Postbank im Rahmen der IRBA-Einführung die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an ein Sicherheitenmanagement umgesetzt. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Besicherungen werden nach der Solvabilitätsverordnung strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheiten nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredites auf Basis konzern einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. 2009 wurden Verbesserungspotenziale insbesondere im Bereich der laufenden zeitnahen Bewertung von immobilien Sicherheiten in stark schwankenden Märkten, der einheitlichen Dokumentation und Erfassung in einer konsolidierten Datenbank identifiziert und Maßnahmen aufgesetzt. Darüber hinaus beabsichtigt die Bank, die standardisierte Hereinnahme und Verwaltung sonstiger Sicherheiten auszuweiten und ihre Position dadurch zu verbessern.

Die grundlegende Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung von Arten von Sicherungsinstrumenten zur Kreditrisikominderung ist Teil der Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachsicherheiten.

Die Verantwortlichkeit für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die Verwaltung der immobilien Sicherheiten wird DV-technisch unterstützt in den positionsführenden Systemen vorgenommen. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich oder anlassbezogen, eine objektbezogene Wertüberwachung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts des ZKA. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten größer als 3 Mio € wird die Bewertung spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Bewertungsspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Positive Korrelationen zwischen dem Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers und dem Risiko einer Wertverschlechterung der Sicherheit werden in konservativer Weise berücksichtigt. Risikokonzentrationen bei der Anrechnung von Sicherheiten wird bei der Postbank durch den Sicherheitenhereinnahme- und -überwachungsprozess Rechnung getragen. Insbesondere Gewährleistungen überwacht die Postbank zusammen mit den Krediten des Garanten (siehe Abschnitt 5.3.1). Darüber hinaus werden Risiken aus Gewährleistungen im Rahmen des Portfoliomanagements (siehe 5.3.2) explizit berücksichtigt.

Zur Verbesserung des Sicherheitenmanagements beabsichtigt die Postbank die konzernweite Einführung eines mandantenfähigen Sicherheitenverwaltungssystems. Eine Vorstudie hierfür wurde gestartet.

6.2.2 Art und Umfang der angerechneten Kreditrisikominderungstechniken

Zu den gemäß §§ 154 ff. SolvV aufsichtsrechtlich anerkannten Sicherungsinstrumenten zählen finanzielle Sicherheiten, Garantien und Kreditderivate. Darüber hinaus können, bezogen auf die IRBA-Portfolios, gemäß § 158 SolvV zusätzlich sonstige Sicherheiten einschließlich Grundpfandrechten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und sonstige IRBA-Sachsicherheiten angerechnet werden. Außerdem können Kreditrisiken gemäß §§ 206 ff. SolvV durch den Einsatz von Aufrechnungsvereinbarungen gemindert werden.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherungsinstrumentes zur Kreditrisikominderung trifft die Postbank im Kontext ihrer Geschäfts-/Kreditrisikostategie auf Basis der SolvV-Vorgaben hinsichtlich der Anerkennungsfähigkeit von Kreditrisikominderungsinstrumenten.

Kreditrisikominderungstechniken, die Bestandteil von synthetischen Verbriefungen sind, werden separat in Abschnitt 7.3 dargestellt.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen gesondert die besicherten IRBA- und KSA-Positionswerte. Alle nicht in den beiden Tabellen explizit dargestellten Forderungsklassen gemäß SolvV werden unter „Sonstige Forderungsklassen“ zusammengefasst. Den Tabellen folgt eine detaillierte Kommentierung der Sicherheitenanrechnung.

Besicherte IRBA-Positionswerte						
IRBA-Forderungsklassen	Finanzielle Sicherheiten		Gewährleistungen und Kreditderivate		Sonstige Sicherheiten	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Zentralregierungen	–	–	7	7	–	–
Institute	16.765	17.829	1.990	1.079	–	–
Unternehmen	–	–	800	995	15.484	13.340
Mengengeschäft	–	–	–	–	–	–
Sonstige Forderungsklassen	–	–	–	–	–	–
Gesamt	16.765	17.829	2.797	2.081	15.484	13.340

Tabelle 17

Besicherte KSA-Positionswerte					
KSA-Forderungsklassen	Finanzielle Sicherheiten		Gewährleistungen und Kreditderivate		
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	
Zentralregierungen	–	–	–	–	
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	–	–	–	5	
Sonstige öffentliche Stellen	–	–	196	251	
Institute	–	70	–	126	
Unternehmen	–	–	906	463	
Sonstige Forderungsklassen	–	–	–	–	
Gesamt	–	70	1.102	845	

Tabelle 18

Finanzielle Sicherheiten

Finanzielle Sicherheiten sind im Mengengeschäft direkt in die Schätzung des LGD integriert und werden daher nicht ausgewiesen.

Bei den in den IRBA-Portfolios angerechneten finanziellen Sicherheiten handelt es sich um Barsicherheiten, Schuldverschreibungen und sonstige Wertpapiersicherheiten im Zusammenhang mit Repo-Leihe-Geschäften. Die Höhe der Sicherheiten ist analog zur Geschäftsentwicklung im Repo-Leihe-Geschäft gegenüber dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2008 von 17,8 Mrd € auf 16,8 Mrd € zurückgegangen.

In den KSA-Portfolios rechnet die Postbank – neben den in Abschnitt 7.3 für Verbriefungen ausgewiesenen finanziellen Sicherheiten – zum Stichtag keine finanzielle Sicherheiten kapitalmindernd an (Vorjahresultimo: 70 Mio €).

Garantien und Kreditderivate

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressenausfallrisiken anerkannt werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten, sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A–. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren wie Kreditnehmer. Bei Garantien und Kreditderivaten wird die Höhe der Unterlegung gemäß § 86 Abs. 1 SolV ermittelt.

Das Garantievolumen im IRBA-Portfolio ist gegenüber dem 31. Dezember 2008 um 716 Mio € angestiegen.

In der IRBA-Forderungsklasse Unternehmen fließt der Wert für die nach der einfachen Risikogewichtsmethode nach § 97 SolvV für Spezialfinanzierungen gerateten Forderungen zugeordneten Gewährleistungen in die Ermittlung der Risikogewichtsklasse ein. Dieses Sicherheitenvolumen beträgt per Berichtsstichtag 282 Mio € (per 31. Dezember 2008: 612 Mio €).

In den KSA-Forderungsklassen ist das Volumen der Gewährleistungen und Kreditderivate insgesamt von 845 Mio € per 31. Dezember 2008 auf 1.102 Mio € angestiegen.

Insgesamt werden 441 Mio € (per 31. Dezember 2008: 292 Mio €) Kreditderivate im IRBA-Portfolio risikomindernd angesetzt.

Sonstige Gewährleistungen

Im Mengengeschäft wird die Besicherungswirkung sonstiger Gewährleistungen direkt in der Schätzung des LGD berücksichtigt und daher nicht ausgewiesen.

Grundpfandrechtl. Besicherungen

In den IRB-Ansätzen können zusätzlich zu finanziellen Sicherheiten, Garantien und Kreditderivaten auch Grundpfandrechte kreditrisikomindernd angesetzt werden. Im KSA erfolgt keine explizite risikomindernde Anrechnung grundpfandrechtl. Besicherungen, da durch Immobilien besicherte Positionen als eigene Forderungsklassen mit einem Risikogewicht in Höhe von 35 % (wohnwirtschaftlich) und 50 % (gewerbliche Nutzung) ausgewiesen werden.

Die Postbank nutzt zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Die Grundpfandrechte werden im Mengengeschäft bei der Berechnung des LGD berücksichtigt und werden daher nicht ausgewiesen.

In der IRBA-Forderungsklasse Unternehmen liegt der Wert der für die nach der einfachen Risikogewichtsmethode nach § 97 SolvV für Spezialfinanzierungen gerateten Forderungen zugeordneten Realsicherheiten bei 15,5 Mrd € und fließt in die Ermittlung der Risikogewichtsklasse ein. Die Positionswerte für die im KSA behandelten durch Immobilien besicherten Positionen betragen in der Summe 2,9 Mrd €.

Sonstige IRBA-Sicherheiten

Sonstige IRBA-Sicherheiten gemäß §§ 160 und 161 SolvV (z. B. Forderungsabtretungen) rechnet die Postbank in den nach IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios für die Eigenkapitalermittlung nicht an.

Netting

Banken können die Eigenkapitalanforderungen außerdem durch Nettingvereinbarungen reduzieren. Dabei wird die Bemessungsgrundlage entweder durch die Verrechnung gegenläufiger Einzelgeschäfte oder durch die Verwendung von Aufrechnungsvereinbarungen reduziert.

Die Postbank nutzt im Rahmen des Collateral-Managements Nettingvereinbarungen ausschließlich für derivative Finanzgeschäfte (siehe Abschnitt 7.1). Die Vereinbarungen erfolgen auf Basis international gebräuchlicher Rahmenverträge unter Beachtung der SolvV-Anforderungen. Nettingvereinbarungen werden mit den meisten wichtigen Handelspartnern abgeschlossen. Der Besicherungsprozess erfolgt DV-gestützt nach vorgegebenen Standards zur Sicherheitenverwaltung. Die aufgerechneten Positionen sind in die Risikosteuerung für die jeweiligen Kontrahenten sowie des Gesamtkreditrisikos integriert.

6.3 Angaben zur Risikovorsorge

6.3.1 Definitionen und Vorsorgebildung

Bei allen Kreditengagements erfolgt eine regelmäßige Überprüfung, inwieweit eine teilweise oder vollständige Uneinbringlichkeit der finanziellen Vermögenswerte vorliegt. Eine außerordentliche Überprüfung einschließlich Sicherheiten erfolgt, wenn dem Kreditinstitut aus externen oder internen Quellen Informationen bekannt werden, die auf eine negative Änderung der Risikoeinschätzung der Engagements oder der Sicherheiten hindeuten.

Die Postbank unterscheidet zwischen folgenden Stufen einer Leistungsstörung:

Definition „in Verzug“

Die Einordnung in die Kategorie als „in Verzug geratenes Engagement“ bzw. „überfälliges Engagement“ erfolgt bei einem Zahlungsverzug; d. h., der Schuldner hat ein ihm mitgeteiltes externes Limit überschritten oder ohne Zustimmung Kredit in Anspruch genommen. In Abgrenzung zu notleidenden Positionen werden als „überfällig“ oder „in Verzug“ befindlich solche Positionen eingestuft, bei denen ein Zahlungsverzug vorliegt, die aber noch nicht als „notleidend“ klassifiziert sind.

Definition „notleidend“

Die Klassifizierung „notleidend“ orientiert sich an der Bildung von Risikovorsorge durch die Postbank bzw. der Feststellung des Ausfalls des Kunden bzw. der Fazilität. In die Kategorie „notleidend“ gehören sämtliche Forderungen, die Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Abschreibungen sowie Rückstellungen, bezogen auf Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, aufweisen, bzw. die Forderungen, bei denen der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtschuld mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Die regulatorische Kategorisierung „notleidend“ ist – z. B. aufgrund der Vererbung des Ausfallereignisses auf sämtliche Forderungen eines Kunden – umfassender definiert als die in der Rechnungslegung vorgenommene Klassifizierung „wertgemindert“.

Ausfalldefinition und Risikovorsorgebildung

Der Kreditausfall eines Kreditnehmers liegt gemäß § 125 SolvV vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegenüber dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Be-

reits vor dieser Frist kann der Ausfall eines Kreditnehmers vorliegen, und zwar dann, wenn das Institut der Ansicht ist, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kredit-sichernde Maßnahmen zurückgreifen muss, wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten.

Im Mengenkreditgeschäft erfolgt eine automatisierte Ausfall-detektion anhand der für die einzelnen Geschäfte jeweils als relevant gekennzeichneten Datenfelder. Für angekaufte Forde-rungen erfolgt ebenfalls eine automatisierte Ausfallerkennung. Bei den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen einschließlich Spezialfinanzierungen werden Ausfallkriterien manuell in einer separaten Ausfalldatenbank gepflegt. Bei Kapitalmarkttiteln sowie den Wertpapier- und Derivatepositionen der Investmentfonds erfolgt die Analyse und Erfassung im Rahmen der täglichen Mark-to-Market-Bewertung.

Auf Basis der in der Ausfalldatenbank erfassten leistungsgestörten Geschäfte wird eine monatliche Überwachungsliste (Watch-List) generiert. Die methodische Verantwortung für die Datenbank liegt im Bereich Risikocontrolling, der auch für die kontinuierliche Weiterentwicklung zuständig ist.

Für notleidende oder ausgefallene Einzelengagements bildet die Postbank Einzelwertberichtigungen. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird unter Berücksichtigung des Barwertes der zukünftigen Cashflows, des Fair Value der Besicherung oder des Marktwertes des Kredits bestimmt. Sämtliche Kreditengagements, für die bereits eine Einzelwertberichtigung besteht, sowie alle auf der Watch-List geführten Engagements werden regelmäßig einer Neubewertung unterzogen (bei privaten Baufinanzierungen ausgenommen A-Fälle und sanierungsfähige B-Fälle).

Auf die homogenen Kreditportfolios der Ratenkredite und Giro-forderungen, die einer maschinellen Limitüberwachung und einem automatisierten Mahnverfahren unterliegen, werden pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet, sofern Wertberichtigungsbedarf besteht. Bei der Bemessung wird auf pauschale Quoten abgestellt, die auf historischen Ausfallraten basieren.

Gemäß den Vorschriften des IFRS werden Portfoliowertberichtigungen für latente Risiken gebildet, die noch nicht identifiziert werden konnten, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Zur Berechnung der Portfoliowertberichtigungen werden intern bzw. extern geschätzte Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustraten bei Ausfall verwendet und in Abhängigkeit von Kundengruppen und Produktart der Zeitraum zwischen Eintritt des Verlustereignisses und der Detektion (LIP-Faktoren; Loss-Incurrence-Period-Faktoren) geschätzt.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt ergebniswirksam abgeschrieben.

Für Bürgschaften, Avale sowie unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen gebildet.

6.3.2 Aktuelle Risikopositionen

Die in den ersten drei Tabellen dieses Abschnitts ausgewiesenen Risikovorsorgebeträge beziehen sich auf das gesamte Portfolio der Postbank Gruppe, d. h., sie umfassen die Portfolios der IRB-Ansätze und des KSA-Ansatzes. Die gebildete Risikovorsorge bezieht sich auf Forderungen gegenüber Kunden und Kreditinsti-tuten. Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und nicht konsolidier-ten Anteilen an Tochterunternehmen werden im Folgenden nicht ausgewiesen, sondern fließen in das Finanzanlageergebnis ein (siehe Note 11 des Geschäftsberichts 2009, S. 115).

In der nachfolgenden Tabelle werden die Buchwerte notleidender und überfälliger Kredite sowie die Stichtagsbestände der Einzelwertberichtigungen, der Portfoliowertberichtigungen und der Rückstellungen bzw. deren jeweilige Veränderungen sowie die Direktabschreibungen und die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen im Jahr 2009 ausgewiesen, jeweils bezogen auf die für die Postbank wesentlichen Branchen. Die ausgewiesenen Nettoaufwendungen ergeben sich als Differenz zwischen Zufüh-rungen und Auflösungen der Wertberichtigungen bzw. Rück-stellungen. Die Rückstellungen beziehen sich im Wesentlichen auf offene Zusagen und Avale.

Die Belastungen aus der Finanzmarktkrise haben nunmehr die Realwirtschaft erreicht. Infolge der gesamtwirtschaftlichen Ein-trübung und der angespannten Situation an den internationalen Immobilienmärkten liegt die Risikovorsorge mit 678 Mio € um 180 Mio € über dem Vorjahreswert. Die angestiegenen Zufüh-rungen zu Einzelwertberichtigungen sind im Wesentlichen auf den Bereich der gewerblichen Finanzierungen zurückzuführen. Auch im Privatkundengeschäft hat die schwache wirtschaftliche Entwicklung zu einer ansteigenden Risikovorsorge geführt. Die Risikovorsorge im Jahr 2009 lag im Rahmen der von der Postbank kommunizierten Bandbreite.

Insgesamt spiegelt sich auch in der Darstellung der Risikovor-sorge – aufgliedert nach den für die Postbank als wesentlich eingestuften Branchen und Schuldnergruppen – die Fokussierung der Postbank auf das Retail-Geschäft wider. Die Buchwerte not-leidender Engagements umfassen auch die aufgrund der Ausfall-verbereitung sämtliche als notleidend gekennzeichneten Forderun-gen eines Kunden (Ausfallverbereitung). Der Anstieg der Buchwerte notleidender Engagements gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Finanzmarktkrise sowie dem bereits zitierten Review des gesamten Portfolios im vierten Quartal mit Schwer-punkt in der gewerblichen Immobilienfinanzierung.

Risikovorsorge, aufgliedert nach Branchen										
		Retail-Kunden	Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister	Staaten	Gewerbliche Realkredite	Dienstleister/ Handel	Industrie	Sonstige Branchen	Gesamt per 31.12.2009	Vergleichswerte per 31.12.2008 bzw. Vorjahr
		Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Buchwerte	Buchwerte notleidender Engagements	2.479	679	1	3.731	308	260	630	8.088	2.891*)
	Buchwerte überfälliger Engagements	405	12	0	8	5	3	349	782	831
Bestände	Bestand an Einzelwertberichtigungen	943	161	0	276	34	45	32	1.491	1.209*)
	Bestand an Portfoliowertberichtigungen	108	6	2	1	4	4	25	150	114
	Bestand an Rückstellungen	33	0	0	0	9	0	0	42	48
Nettoaufwendungen der Periode	Nettoaufwendungen für Einzelwertberichtigungen	253	99	0	176	32	32	8	600	429*)
	Nettoaufwendungen für Portfoliowertberichtigungen	9	2	2	0	0	0	18	31	32
	Direktabschreibungen	59	0	0	1	3	0	0	63	39
	Nettoaufwendungen für Rückstellungen	-4	2	0	0	2	0	0	0	19
Eingänge	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	16	0	0	0	0	0	0	16	21

*) Vorjahreswerte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 19

Analog zeigt die folgende Übersicht eine Aufgliederung der Risikovorsorge nach den für die Postbank bedeutenden geografischen Regionen. In dieser Tabelle werden in Übereinstimmung mit der SolvV keine Veränderungen der Bestände an Risikovorsorge ausgewiesen. Die Verteilung der Risikovorsorge entspricht der Verteilung der Forderungswerte in den zugrunde liegenden Kreditportfolios. Mit Blick auf Westeuropa und Nordamerika spiegeln sich in den Buchwerten notleidender und überfälliger Engagements sowie in den Beständen an Einzelwertberichtigungen u. a. die im Rahmen der Finanzmarktkrise gebildeten Wertkorrekturen wider.

Risikovorsorge, aufgliedert nach geografischen Gebieten						
		Deutschland	Westeuropa	Sonstige Regionen	Gesamt per 31.12.2009	Vergleichswerte per 31.12.2008
		Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Buchwerte	Notleidende Engagements	5.128	2.132	829	8.088	2.891*)
	Überfällige Engagements	778	4	0	782	831
Bestände	Einzelwertberichtigungen	1.204	183	104	1.491	1.209*)
	Portfoliowertberichtigungen	133	2	15	150	114
	Rückstellungen	41	0	1	42	48

*) Vorjahreswerte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 20

Folgende Aufstellung zeigt die Veränderungen der Risikovorsorge seit Beginn des Geschäftsjahres bis zum Stichtag 31. Dezember 2009:

Risikovorsorgespiegel						
	Anfangsbestand	Zuführungen	Auflösungen	Inanspruchnahme/ Unwinding	Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen	Endbestand
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Einzelwertberichtigungen	1.209	746	-146	-309	-9	1.491
Portfoliowertberichtigungen	114	31	0	0	5	150
Rückstellungen	48	14	-14	-6	0	42
Gesamt	1.371	791	-160	-315	-4	1.683
<i>Vergleichswerte 2008</i>	<i>1.193</i>	<i>576*)</i>	<i>-96</i>	<i>-304</i>	<i>2</i>	<i>1.371*)</i>

*) Vorjahreswerte w/Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 21

Die folgende Tabelle zeigt, getrennt für die beiden Halbjahre 2009, für die IRBA-Portfolios die „tatsächlichen Verluste“, die sich als Summe der Differenzen aus Zuführungen und Auflösungen, bezogen auf Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen und Rückstellungen, sowie der Differenz aus Direktabschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen ergeben. In der Tabelle werden Ausfälle in den KSA-Portfolios (siehe Kapitel 1 dieses Offenlegungsberichts) nicht ausgewiesen. Der Anstieg der tatsächlichen Verluste im zweiten Halbjahr 2009 gegenüber der Vorperiode erklärt sich insbesondere aus den Wertkorrekturen für gewerbliche Finanzierungen.

Tatsächliche Verluste im Kreditgeschäft		
IRBA-Forderungsklassen	Tatsächliche Verluste 1. Juli bis 31. Dez. 2009 Mio €	Tatsächliche Verluste 1. Jan. bis 30. Juni 2009 Mio €
Zentralregierungen	0	0
Institute	16	2
Unternehmen	191	67*)
Grundpfandrechtl. besicherte IRBA- Positionen des Mengengeschäfts	95	75
Qualifizierte revolving IRBA- Positionen des Mengengeschäfts	0	0
Sonstige IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	59	49
Beteiligungen	0	0
Gesamt	361	193*)

*) Werte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 22

Die nachfolgende Tabelle stellt, getrennt für die beiden Halbjahre 2009 und die beiden Halbjahre 2008, die jeweils auf einen Halbjahreshorizont kalkulierte Verlustschätzung der Postbank und die tatsächlich eingetretenen Verluste in Relation. Dabei werden die erwarteten Verluste, bezogen auf die zu Beginn des Betrachtungszeitraums nicht gemäß Basel II ausgefallenen bzw. nicht wertberichtigten Geschäfte, ermittelt und dann den angefallenen tatsächlichen Verlusten der jeweiligen Periode gegenübergestellt. Sollten während des Betrachtungszeitraums Zahlungseingänge, Auflösungen von Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen auf die erst während der Periode notleidend gewordenen Forderungen zu verzeichnen sein, werden die entsprechenden Beträge mit den jeweiligen Zuführungen der Periode verrechnet. Pauschalwertberichtigungen werden nicht berücksichtigt. Die Kalkulation der erwarteten Verluste in der nachstehenden Tabelle – bezogen auf einen Sechs-Monats-Horizont – erfolgte für das erste Halbjahr 2008 abweichend per 31. März 2008 statt per 1. Januar 2008.

Verlustschätzungen und tatsächliche Verluste im Kreditgeschäft								
IRBA-Förderungsklassen	Erwartete Verluste zu Beginn der Periode (per 1. Juli 2009) Mio €	Tatsächliche Verluste 1. Juli–31. Dez. 2009 Mio €	Erwartete Verluste zu Beginn der Periode (per 1. Jan. kalkuliert) Mio €	Tatsächliche Verluste 1. Jan.–30. Juni 2009 Mio €	Erwartete Verluste zu Beginn der Periode (per 1. Juli 2008) Mio €	Tatsächliche Verluste 1. Juli–31. Dez. 2008 Mio €	Erwartete Verluste zu Beginn der Periode (per 31. März 2008 kalkuliert) Mio €	Tatsächliche Verluste 1. Jan.–30. Juni 2008 Mio €
Zentralregierungen	0	0	1	0	1	0	1	–
Institute	15	16	8	2	5	45	6	–
Unternehmen	173	191	48*)	67*)	50	106*)	44	22
Grundpfandrechtl. besicherte IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	205	95	69	75	82	90	88	62
Qualifizierte revolving IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	0	0	0	0	0	0	–	–
Sonstige IRBA-Positionen des Mengengeschäfts	63	59	32	49	32	51	29	22
Beteiligungen	0	0	1	0	1	0	11	–
Gesamt	456	361	159*)	193*)	172	292*)	179	106

*) Werte w/ Veränderung Konzernabschluss 2008 angepasst

Tabelle 23

Die hohe Gewichtung des Mengengeschäfts in Bezug auf die erwarteten Verluste korreliert mit der starken Positionierung der Postbank in diesem Geschäftsbereich. Während im Mengengeschäft aufgrund der hohen Granularität generell eine gute Übereinstimmung zwischen erwarteten Verlusten und tatsächlichen Verlusten zu beobachten ist, ist das Nicht-Mengengeschäft geprägt von wenigen Ausfällen mit höheren Volumina. Aufgrund des wirtschaftlichen Umfelds hat die Postbank Wertberichtigungen für grundpfandrechtl. besicherte Positionen (sowohl bei gewerblichen Finanzierungen als auch bei privaten Baufinanzierungen) und für Sonstige IRBA-Positionen des Mengengeschäfts (Ratenkredite) gebildet. Generell zeigen die beobachteten Verlustquoten bei Ausfall im Rahmen der statistischen Konfidenzintervalle eine gute Übereinstimmung mit den aufsichtlichen Werten des IRB-Basisansatzes.

7 Spezielle quantitative Angaben zum Adressenausfallrisiko

7.1 Angaben zu derivativen Adressenausfallrisikopositionen

Die Postbank geht derivative Finanzgeschäfte im Rahmen ihrer Handelstätigkeit und zur Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate werden im geringen Umfang abgeschlossen.

Voraussetzung zum Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einhaltung der Kreditgenehmigungsverfahren. Für derivative Adressenausfallrisikopositionen gelten die analogen Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren wie im klassischen Kreditgeschäft (siehe Abschnitt 5.3.1). Derivative Geschäfte werden auf ein im Vorfeld beantragtes sowie durch den zuständigen Kompetenzträger genehmigtes und im System eingestelltes Limit angerechnet. Das Risikocontrolling überwacht die Limitausnutzung. Die Anrechnungsbeträge für derivative Positionen werden zusammen mit den sonstigen kreditrisikobehafteten Produkten bei der Ermittlung des Exposures, bei der Limitierung der Risikohöhe, bei der Ermittlung der Risikovorsorge sowie den Mechanismen der Kapitalallokation berücksichtigt.

Die Anrechnung derivativer Finanzinstrumente des Handels- und Anlagebuchs erfolgt am Bewertungsstichtag für Derivate zu positiven Wiederbeschaffungswerten zzgl. Add-ons. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Als Fair Values dienen öffentlich notierte Marktpreise. Falls keine Marktpreise vorliegen, wird der Fair Value mittels anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt. Zum Ansatz und zur Bewertung von Derivaten wird auf den Geschäftsbericht 2009, Seite 106 f., verwiesen.

Das Kontrahentenrisiko besteht aus dem potenziellen Wiedereindeckungsaufwand als zusätzlichem Aufwand bzw. vermindertem Ertrag im Fall eines Neuabschlusses durch Ausfall des ursprünglichen Kontrahenten und dem Add-on als Risikozuschlag. Die Postbank hat sich in diesem Zusammenhang für die aufsichtsrechtliche Marktbewertungsmethode entschieden. Der potenzielle Wiedereindeckungsaufwand ist definiert als positiver Marktwert der Derivate (§ 19 SolvV) ohne Add-on. Er stellt entweder beobachtbare Marktwerte (Mark-to-Market) oder theoretisch abgeleitete Werte (Mark-to-Model) dar.

Die Postbank hat mit den meisten bedeutenden Kontrahenten, bezogen auf das Financial-Markets-Portfolio, zweiseitige Collateral Agreements abgeschlossen. Dabei werden alle einbezogenen Positionen auf täglicher Basis gegeneinander aufgerechnet und

der Überschussbetrag durch Barsicherheiten ausgeglichen. Das Verfahren zur Sicherheitenhereinnahme und Sicherheitenverwaltung erfolgt in einem eigenständigen systemgesteuerten Prozess. Vereinzelt hat die Postbank in den Sicherheitenanhängen zu den Rahmenverträgen Klauseln vereinbart, die im Falle einer Herabstufung eines externen Ratings der Postbank vertraglich eine Stellung oder Erhöhung eines Sicherheitsbetrags vorsehen. Die Auswirkungen einer Ratingverschlechterung auf die Höhe des bereitzustellenden Sicherheitsbetrags beeinträchtigen nicht die Risikotragfähigkeit der Postbank. 2009 gab es keine Ratingänderung für die Postbank, die einen direkten Einfluss auf diesen Prozess hatte, sodass keine Zahlung zur Anpassung des Sicherheitsbetrags induziert wurde. Im Zuge der Finanzmarktkrise wurden mit einzelnen Kontrahenten Vertragsklauseln zum Collateral Agreement angepasst, die den Ausgleich von Nettopositionen betreffen.

Da Kontrakte mit einem zentralen Kontrahenten keinem Kontrahentenrisiko unterliegen, beschränken sich die Angaben in den nachstehenden Tabellen auf OTC-gehandelte Derivate und auf Kontrakte an Börsen, die aufsichtsrechtlich nicht als zentraler Kontrahent anerkannt sind, sowie auf Kontrakte an Börsen, an denen die Postbank selbst nicht zugelassen ist und über Broker die derivativen Positionen eingeht. Der ausgewiesene positive Wiederbeschaffungswert nach Aufrechnung in Höhe von 1.229 Mio € weicht aufgrund geringer Geschäftstätigkeit mit zentralen Kontrahenten per Stichtag 31. Dezember 2009 um 0,2 Mio € vom Gesamtwert der in den Tabellen 10 bis 12 ausgewiesenen derivativen Geschäfte ab.

Die Offenlegungsanforderungen gemäß § 326 SolvV beziehen sich ausschließlich auf derivative Adressenausfallrisikopositionen im Sinne des § 11 SolvV, d. h. auf Derivate mit Ausnahme derjenigen derivativen Instrumente für den Transfer von Kreditrisiken, bei denen die Postbank Gewährleistungsgeber ist (und dieses Instrument als außerbilanzielle Adressenausfallrisikoposition berücksichtigt) oder bei denen die Postbank Sicherungsnehmer ist (und dieses derivative Instrument als berücksichtigungsfähige Gewährleistung bei der Ermittlung des risikogewichteten Positionswerts einer anderen Adressenausfallrisikoposition berücksichtigt). Außerdem umfasst die Definition von Adressenausfallrisikopositionen keine Stillhalterverpflichtungen aus Optionen.

Die folgende Tabelle legt die Bewertung der derivativen Adressenausfallrisikopositionen vor und nach Aufrechnung und Sicherheiten dar. Gegenüber dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2008 sind die positiven Wiederbeschaffungswerte für derivative Adressenausfallrisikopositionen vor Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen, insbesondere aufgrund der Zinsentwicklung im Jahr 2009, von 15.673 Mio € auf insgesamt 19.398 Mio € angestiegen. Nettingvereinbarungen zur Minderung der Kontrahentenausfallrisiken werden per 31. Dezember 2009 für aufsichtsrechtliche Zwecke in Höhe von 18.169 Mio € risikomindernd angerechnet, sodass die positiven Wiederbeschaffungswerte nach Aufrechnung per Saldo von 1.617 Mio € auf 1.229 Mio € gesunken sind. Collaterals wurden zum 31. Dezember 2009 nicht angerechnet.

Bewertung der derivativen Adressenausfallrisikopositionen vor und nach Aufrechnung und Sicherheiten						
	Positive Wieder-	Positive Wieder-	Anrechenbare Sicherheiten			Positive Wieder-
	beschaffungswerte vor Aufrechnung und Sicherheiten Mio €	beschaffungswerte nach Aufrechnung Mio €	Barsicherheiten Mio €	Wertpapier- sicherheiten Mio €	Sonstige Sicherheiten Mio €	
Derivative Adressen- ausfallrisikopositionen	19.398	1.229	–	–	–	1.229
<i>Vergleichswerte per 31.12.2008</i>	<i>15.673</i>	<i>1.617</i>	–	–	–	<i>1.617</i>

Tabelle 24

Bei der Eigenkapitalunterlegung wird das Kontrahentenausfallrisiko derivativer Risikopositionen mit seinem Kreditäquivalenzbetrag angerechnet. Es beträgt, bezogen auf IRBA- und KSA-Portfolios, insgesamt 4.687 Mio € (per 31. Dezember 2008: 4.705 Mio €). Die Postbank nutzt durchgängig die Marktbewertungsmethode.

Die folgende Tabelle zeigt die derivativen Adressenausfallrisikopositionen nach Aufrechnung und vor Sicherheiten im Sinne von § 19 SolvV, aufgliedert nach dem jeweiligen Basiswert des Kontrakts. Im Verhältnis zum gesamten Adressenausfallrisiko der Postbank hat dieses Risiko eine geringe Bedeutung. Die von der Postbank gehaltenen Kreditderivate mit Besicherungswirkung werden im Einklang mit der SolvV als Gewährleistung angerechnet bzw. als außerbilanzielle Adressenausfallrisikopositionen kalkuliert und deshalb in der Folgetabelle nicht betrachtet. Die in der nachstehenden Tabelle ausgewiesenen Kreditderivate betreffen Kontrakte ohne Besicherungswirkung. Gegenüber dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2008 ist insgesamt der Bestand an derivativen Adressenausfallrisikopositionen nach Aufrechnung gesunken. Abweichend zum Vorjahr werden nunmehr Kontrakte, bei denen sich Nettingbündel auf mehrere Derivatearten beziehen, unter „Sonstige Kontrakte“ ausgewiesen. Der Ausweis „Sonstige Kontrakte“ in Höhe von 691 Mio € führt demnach zu einem Rückgang bei den Positionen „Zinskontrakte“ und „Fremdwährungskontrakte“. Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2009 bestehen keine derivativen Adressenausfallrisikopositionen, bezogen auf Warenterminkontrakte.

Positive Wiederbeschaffungswerte für derivative Adressenausfallrisikopositionen		
Arten der Derivate	Marktbewertungsmethode	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Zinskontrakte	418	923
Fremdwährungskontrakte	112	694
Aktienkontrakte	1	–
Kreditderivate	6	–
Warenkontrakte	–	–
Sonstige Kontrakte	691	–
Gesamt	1.229	1.617

Tabelle 25

Sämtliches Kreditderivategeschäft der Postbank wird für das eigene Portfolio genutzt. Geschäfte aus Vermittlertätigkeit bestehen zum Berichtsstichtag nicht. Die nachfolgende Tabelle bezieht sich ausschließlich auf das Kreditderivategeschäft. Neben derivativen Positionen sind in dieser Tabelle nunmehr auch außerbilanzielle Positionen ausgewiesen. Die Tabelle gliedert das für das eigene Portfolio genutzte Kreditderivategeschäft auf in Käufer- und Verkäuferpositionen. Bei den Käuferpositionen per 31. Dezember 2009 in Höhe von insgesamt 441 Mio € handelt es sich um Kreditderivate mit und ohne Besicherungswirkung.

Nominalwert der Kreditderivate, die für das eigene Portfolio genutzt werden				
Art der Kreditderivate	Nutzung für eigenes Portfolio			
	gekauft		verkauft	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Credit Default Swaps	441	507	831	1.501
Total Return Swaps	–	–	–	–
Credit Linked Notes	–	–	–	–
Sonstige Kreditderivate	–	–	–	–
Gesamt	441	507	831	1.501

Tabelle 26

7.2 Angaben zu Beteiligungen im Anlagebuch

Die Postbank ermittelt die Eigenkapitalunterlegung für Beteiligungen, die dem Anlagebuch zugerechnet werden und nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind (siehe Kapitel 1), gemäß § 78 SolvV:

- I auf Basis der Ausfallwahrscheinlichkeit für alle intern gerateten Beteiligungen der den Investmentanteilen der „PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt/Main“, zugrunde liegenden Geschäfte,
- I auf Basis der Ausnahmeregelung gemäß § 338 Abs. 4 SolvV (sogenanntes Grandfathering) für alle bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltenen – befristet vom IRBA ausgenommenen – strategischen Beteiligungen,
- I auf Basis des einfachen Risikogewichts nach § 98 SolvV für alle sonstigen Beteiligungen (IRBA).

Die unmittelbare Beteiligung an dem Finanzunternehmen „Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin“ wird gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG in Höhe von 2 Mio € vom Eigenkapital abgezogen.

Der Wert der strategischen Beteiligungen an sonstigen Unternehmen, die aufsichtsrechtlich nicht zu konsolidieren sind und gemäß § 338 Abs. 4 SolvV befristet vom IRBA ausgenommen sind (sogenanntes Grandfathering), ist per Berichtsstichtag aufgrund von Wertminderungen sowie geringerer aktivischer Unterschiedsbeträge mit 1.004 Mio € niedriger als zum 31. Dezember 2008 (1.400 Mio €).

In der folgenden Tabelle werden ausfallwahrscheinlichkeitsgesteuerte (39 Mio €, per Stichtag 31. Dezember 2008: 17 Mio €) sowie nach der einfachen Risikogewichtsmethode (265 Mio € per Stichtag 31. Dezember 2008: 106 Mio €) bewertete IRBA-Beteiligungen ausgewiesen. Die Positionswerte sind gegenüber dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2008 von 123 Mio € auf 304 Mio € gestiegen. Der Anstieg entfällt auf neue Beteiligungen, die im Rahmen der Übernahme von Kreditsicherheiten entstanden sind (u. a. die bilanziell neu konsolidierten Tochtergesellschaften der „PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA“ gemäß Kapitel 1, Tabelle 1), auf den Neuerwerb von vier nach der Trans-

parenzmethode behandelten Publikumsfonds sowie auf einen Anstieg der Beteiligungspapiere innerhalb der Investmentfonds, die nach der Transparenzmethode behandelt werden. Darüber hinaus wird ein Spezialfonds, abweichend zum Bericht vom 31. Dezember 2008, nunmehr zusätzlich nach der Transparenzmethode behandelt.

Positionswerte für IRBA-Beteiligungen		
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Nicht börsengehandelte Beteiligungen, ausreichend diversifiziert	0	18
Börsengehandelte Beteiligungen	2	36
Andere Beteiligungen	302	69
Gesamt	304	123

Tabelle 27

Die Tabelle „Wertansätze für IRBA-Beteiligungen in Abhängigkeit von ihrer Art und Handelbarkeit“ weist die Beteiligungen mit ihrem Buchwert und ihrem Marktwert aus.

Der Buchwert der Beteiligungen entspricht zum Erwerbszeitpunkt den Anschaffungskosten. Die Folgebewertung erfolgt bei „wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen“ (einschließlich Beteiligungen i. S. d. HGB) nach dem gemilderten Niederstwertprinzip und bei „wie Umlaufvermögen bewerteten Vermögenswerten“ nach dem strengen Niederstwertprinzip. Beim gemilderten Niederstwertprinzip ist der Buchwert auf den niedrigeren beizulegenden Wert abzuschreiben, beim strengen Niederstwertprinzip ist der Buchwert bei voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den beizulegenden Wert abzuschreiben. Eine Zuschreibung erfolgt bis maximal zu den Anschaffungskosten. Bei börsennotierten Vermögensgegenständen wird der Börsen- oder Marktpreis als beizulegender Wert herangezogen, bei nicht börsennotierten Vermögensgegenständen wird der beizulegende Wert anhand des Ertragswertverfahrens ermittelt. Wenn der beizulegende Wert nicht ermittelt werden kann, werden die Vermögensgegenstände zu Anschaffungskosten fortgeführt. Der Marktwert entspricht in der Regel dem Börsen- oder Marktpreis. Bei nicht börsennotierten Beteiligungen entspricht der ausgewiesene Marktwert dem Ertragswert bzw. den Anschaffungskosten.

Wertansätze für IRBA-Beteiligungen in Abhängigkeit von ihrer Art und Handelbarkeit

Art der Beteiligung	Buchwert		Marktwert	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Beteiligung an Kreditinstituten und sonstigen Finanzinstitutionen	17	16	26	16
davon: börsengehandelt	–	13	–	13
davon: nicht börsengehandelt, aber zu diversifiziertem Beteiligungsportfolio gehörend	–	–	–	–
davon: andere Beteiligungen	17	3	26	3
Beteiligungen an Unternehmen und sonstige Beteiligungen	287	107	291	97
davon: börsengehandelt	2	23	2	13
davon: nicht börsengehandelt, aber zu diversifiziertem Beteiligungsportfolio gehörend	–	18	–	18
davon: andere Beteiligungen	285	66	289	66
Gesamt	304	123	316	113

Tabelle 28

Die von der Postbank gehaltenen Investmentanteile sind nach ihrer aufsichtsrechtlichen Behandlung, wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, differenzierbar. Die Veränderung ist durch eine Reduktion der Wertpapierbestände und durch Umschichtungen innerhalb der Investmentfonds gekennzeichnet. Darüber hinaus wurde ein höhervolumiger Investmentanteil verkauft und bei einem weiteren Investmentanteil nunmehr die Transparenzmethode angewendet, für den bislang gemäß § 83 Abs. 5 SolvV eine Risikogewichtsanlieferung durch Dritte erfolgte.

Aufteilung der Investmentanteile nach aufsichtsrechtlicher Behandlung		
Aufsichtsrechtliche Behandlung	Buchwert	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Investmentanteile mit Behandlung gemäß Transparenzmethode (§ 83 Abs. 1 SolvV)	7.218	7.534
davon: geratete Anleihen (IRBA-Positionen – Ausweis in Kap. 6.1.1 und 6.1.3)	4.453	4.996
davon: Beteiligungspositionen nach einfacher Risikogewichtsmethode (IRBA-Positionen – Ausweis in Kap. 7.2)	163	43
davon: ausfallwahrscheinlichkeitsgesteuerte Beteiligungspositionen (IRBA-Positionen – Ausweis in Kap. 7.2)	29	16
davon: Verbriefungspositionen (IRBA-Positionen – Ausweis in Kap. 7.3)	223	159
davon: nicht intern geratete Anleihen (KSA-Positionen – Ausweis in Kap. 6.1.1 und 6.1.3)	2.351	2.321
Investmentanteile mit Risikogewichtsanlieferung durch Dritte (§ 83 Abs. 5 SolvV)	38	1.727
Gesamt	7.256	9.261

Tabelle 29

Die folgende Tabelle zeigt, bezogen auf die in diesem Abschnitt definierte Grundgesamtheit der Beteiligungen, die in diesem Jahr bislang realisierten Gewinne bzw. Verluste sowie das unrealisierte Ergebnis.

Gewinne und Verluste aus Beteiligungen		
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Realisierte Gewinne/Verluste aus Veräußerungen und Abwicklungen im Berichtszeitraum	2	-603
Unrealisierte Neubewertungsgewinne/-verluste	38	0
davon: im Kernkapital enthalten	-	0
davon: im Ergänzungskapital enthalten	17	-

Tabelle 30

Auf Basis von Veräußerungen wurden im Berichtszeitraum Gewinne in Höhe von 2 Mio € realisiert, nachdem im Vorjahr – bedingt durch die Finanzmarktkrise und den Abbau des Beteiligungsportfolios – ein Verlust in Höhe von 603 Mio € realisiert worden war. Für AfS-Beteiligungspapiere sind gemäß § 2 Abs. 1 KonÜV 45 % der in Höhe von 38 Mio € in die Neubewertungsrücklage eingestellten unrealisierten Bewertungsgewinne im Ergänzungskapital berücksichtigt worden.

7.3 Angaben zu Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungspools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen. Die Postbank tritt an den Finanzmärkten in den Rollen des Investors und des Originators auf. Sie fungiert nicht als Sponsor.

Der nachstehende Abschnitt zu Verbriefungen orientiert sich an den Transparenzempfehlungen des Financial Stability Forums zur externen Berichterstattung. Weitere Angaben sind dem Konzernlagebericht der Postbank (Geschäftsbericht S. 77 ff.) und der Note 4(h) zum Konzernabschluss (Geschäftsbericht S. 107 ff.) zu entnehmen. Die Bewertungsverfahren für Verbriefungen werden in der Note 42 zum Konzernabschluss (Geschäftsbericht S. 136 ff.) beschrieben. Eine Darstellung der bilanziellen Konsolidierungsgrundsätze erfolgt in Note 2 und Note 3 zum Konzernabschluss (Geschäftsbericht S. 104).

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder KSA entsprechend §§ 226 und 227 SolvV auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenkapitalunterlegung für Verbriefungen gemäß § 79 SolvV wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes nach § 257 SolvV kalkuliert. Für die Transaktion PB Domicile 2006-1 wendet die Postbank gemäß § 256 Abs. 1 Satz 1 SolvV eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an. Positionen, für die sich hieraus ein Risikogewicht von 1250 % ergibt, werden gemäß Wahlrecht § 266 SolvV vom Eigenkapital abgezogen. Abweichend hiervon wird für Positionen, für die kein externes Rating vorliegt und bei denen die Anforderungen nach § 258 SolvV erfüllt sind, die Eigenkapitalunterlegung auf Basis des aufsichtlichen Formelansatzes ermittelt.

7.3.1 Investorpositionen

Überwiegend nimmt die Postbank im Rahmen von Kreditsatzgeschäften die Rolle als Investor in Verbriefungen mit der Absicht der Generierung von Erträgen und der Portfoliodiversifikation wahr. Diesbezüglich hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligations (CDO), Collateralized Loan Obligations (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Investorpositionen des Bankbuchs werden je nach Intention und Struktur des Investments den IFRS-Kategorien „Loans and Receivables“ oder „Available for Sale“ zugerechnet und entsprechend bewertet (Details zur IFRS-Bilanzierung und -Bewertung der SCP siehe Note 4(h) des Konzernabschlusses 2009).

Die Postbank investiert im Rahmen eines Buy-and-Hold-Ansatzes in strukturierte Kreditprodukte; die Aufteilung ist der Tabelle 31 zu entnehmen. Im Rahmen der Finanzmarktkrise wurde zur Verbesserung der Transparenz und der Steuerbarkeit des Geschäftsfelds eine Reihe von Maßnahmen ergriffen: Unter anderem

wurden interne Bewertungsmodelle für das SCP-Portfolio weiterentwickelt, eine zentrale SCP-Datenbank aufgebaut sowie ein laufender Monitoring-Prozess zentral implementiert, damit problematische Entwicklungen frühzeitig erkannt und Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet werden können.

Das Portfolio erfordert ein aktives Management mit dem Ziel des Risikoabbaus, z. B. durch Asset-Verkäufe oder Zukauf von Subordination. Eine Übertragung des SCP-Portfolios auf die Bad-Bank-Lösung der Bundesregierung über den SoFFin wurde im Rahmen eines Projekts geprüft und aufgrund der nicht gegebenen wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit verworfen.

Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur („Standard & Poor’s“, „Moody’s“ oder „Fitch Ratings“) geratet (siehe auch die Erläuterungen zum Ende des Abschnitts 5.2.1 hinsichtlich der Verwendung externer Ratings). Ein internes Ratingmodell für diese Positionen existiert nicht. Gemäß Ausführungsbestimmungen der BaFin ist für jede Verbriefungsbranche zur Bestimmung der maßgeblichen Bonitätsbeurteilung eine „führende“ Ratingagentur zu bestimmen. Diesbezüglich sind 86 % der Positionen mit einem Rating von „Standard & Poor’s“, 11 % mit einem Rating von „Moody’s“ und 3 % mit einem Rating von „Fitch Ratings“ geratet.

Die nachstehende Tabelle zeigt, getrennt nach Produktarten und Ratingklassen, das auf Basis des ratingbasierten Ansatzes kalkulierte Volumen (EAD) der Investorpositionen, das in der Gesamtsumme dem ausgewiesenen Wert der Tabelle 34 in Höhe von 5.458 Mio € als Summe der IRBA-Positionen (5.444 Mio €) und der KSA-Positionen (14 Mio €) entspricht. Der Unterschied des Volumens gegenüber dem im Geschäftsbericht ausgewiesenen Volumen für strukturierte Kreditprodukte (siehe Geschäftsbericht S. 78) in Höhe von 5,8 Mrd € entsteht im Wesentlichen aus den Definitionen der Nominalvolumen (Handelsrecht) versus die aufsichtsrechtlichen Positionswerte. Im Berichtsjahr erfolgte eine Überprüfung der Investorpositionen mit Blick auf die Zuordnung zur Anrechnung im KSA- bzw. IRB-Ansatz nach § 226 Abs. 4 SolvV.

Investorpositionen nach Ratingklassen												
Verbriefungspositionen	Volumen nach Ratingklassen										Gesamt	
	AAA		AA		A		BBB		≤ BB		31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €		
CMBS	46	153	83	54	102	42	18	16	26	–	275	265
RMBS	287	456	150	71	132	70	37	3	30	58	636	658
Corporate CDO	313	526	145	288	196	189	83	578	1.534	766	2.271	2.347
Non Corporate CDO	0	173	95	184	74	189	111	252	1.342	1.059	1.622	1.857
Other ABS	318	405	74	118	19	6	28	101	215	74	654	704
Gesamtsumme	964	1.713	547	715	523	496	277	950	3.147	1.957	5.458	5.831

Tabelle 31

Die Tabelle zeigt, dass der überwiegende Anteil der Investorpositionen auf Collateralized Debt Obligations entfällt (71,3%). Gegenüber dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2008 hat sich das Gesamtvolumen aufsichtsrechtlich zu berücksichtigender strukturierter Finanzierungen im Wesentlichen aufgrund von Wechselkurseffekten und Tilgungen um 373 Mio € verringert.

Per Stichtag 31. Dezember 2009 sind aufsichtsrechtlich keine Einzelforderungen aus dem Investorportfolio abgesichert. Die Postbank hält jedoch Investorpositionen, in deren Strukturierung der Emittent Zahlungsströme durch Kreditversicherungen absichert (Monoliner in Höhe von nominal 28 Mio €). Diese werden durch die externen Ratingagenturen bei der Bonitätsbeurteilung berücksichtigt.

Im Rahmen der Kreditrisikominderungstechniken erfolgt keine Anrechnung. Grundsätzlich würde jedoch eine Sicherheitenhernahme und -verwaltung nach strengen Maßstäben auf Basis der Solvabilitätsverordnung in Anlehnung an die in Abschnitt 6.2 beschriebenen Verfahren zu den Kreditrisikominderungstechniken erfolgen. Die Wertansätze bestehender Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung turnusmäßig überprüft.

7.3.2 Originatorpositionen

Bezogen auf die Rolle als Originator, orientiert sich die Postbank mit dem vorliegenden Offenlegungsbericht gemäß § 26a KWG an den Good-Practice-Empfehlungen des Bundesverbands deutscher Banken zu den Offenlegungsanforderungen für Verbriefungen nach der Capital Requirements Directive. Die Umsetzung der Empfehlungen erfolgte mit Hauptaugenmerk auf eine Verbesserung der Transparenz sowie auf einer erhöhten Vergleichbarkeit des Verbriefungsengagements. Als Vergleichswerte werden im Folgenden im Fließtext oder durch Tabellenerweiterung die äquivalenten Werte des vorhergehenden Berichtsstichtags 31. Dezember 2008 angegeben.

Die Postbank nutzt grundsätzlich synthetische und True-Sale-Verbriefungstransaktionen im Rahmen ihrer Banksteuerungsaufgaben, d. h. im Rahmen des Kapitalmanagements, der Risiko-steuerung, des Liquiditätsmanagements/der Refinanzierung sowie zur Bilanz-/GuV-Steuerung.

Die Postbank tritt zum 31. Dezember 2009 bei den Transaktionen PB Domicile 2006-1, Provide Blue 2005-1, Provide Blue 2005-2 sowie PB Domicilio 2007-1 in der Rolle des Originators auf. Bei den genannten Verbriefungen handelt es sich ausschließlich um synthetische Verbriefungen von Forderungen auf Wohnimmobilien in Deutschland und Italien. Die Transaktionen führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Der Ausweis erfolgt stichtagsbezogen zum zurückzuzahlenden Betrag. Die zugrunde liegenden Forderungen werden in den ihnen jeweils zugeordneten IFRS-Kategorien geführt. Die Transaktionen PB Domicile 2006-1, Provide Blue 2005-1 sowie Provide Blue 2005-2 werden auf Basis der zugrunde liegenden Forderungen im IRB-Ansatz, die Transaktion PB Domicilio 2007-1 (Finanzierung von Wohnimmobilien, originiert durch die BHW Niederlassung in Italien) im KSA behandelt. Zum Berichtsstichtag hat die Postbank keine Verbriefungspositionen im Zusammenhang mit revolvingierenden Adressenausfallrisikopositionen im Bestand.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die einzelnen Verbriefungstransaktionen der Postbank und vermittelt damit gleichzeitig Transparenz über die eingegangenen Risikokonzentrationen sowie über die Maßnahmen zur Risikominderung.

Gesamtbetrag der verbrieften Forderungen										
Transaktion	Ansatz	Land	Gesamtbetrag der verbrieften Forderung		Swaps		Finanzielle Sicherheiten		Behaltenes eigenes Risiko	
			Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €		
			31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
PB-Domicile 2006-1 (Postbank AG)	IRBA	Deutschland	1.987	2.170	0	0	177	174	1.810	1.996
PB Domicilio 2007-1 (BHW)	KSA	Italien	1.066	1.197	0	1.120	66	67	1.000	10
Provide Blue 2005-1 (BHW)	IRBA	Deutschland	809	1.024	798	1.011	0	0	11	13
Provide Blue 2005-2 (BHW)	IRBA	Deutschland	2.147	2.509	156	2.490	0	0	1.991	19
Gesamtsumme			6.009	6.899	954	4.620	243	240	4.812	2.038

Tabelle 32

Wie aus der Tabelle ersichtlich, beläuft sich das Gesamtvolumen der verbrieften Forderungen per Berichtsstichtag auf 6.009 Mio € (per 31. Dezember 2008: 6.899 Mio €). Die Verbriefungstransaktionen werden durch Credit Default Swaps mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 954 Mio € und durch finanzielle Sicherheiten in Höhe von 243 Mio € gegen Ausfälle der Referenzportfolios besichert. Bei den zum 31. Dezember 2009 aufsichtlich angerechneten Swaps handelt es sich bezüglich der Transaktion Provide Blue 2005-1 um einen Credit Default Swap des Sicherungsgebers KfW, bei der Transaktion Provide Blue 2005-2 um den bisherigen Junior Credit Default Swap mit dem Sicherungsgeber KfW. Gegenüber dem Stichtag 31. Dezember 2008 wurden zwischenzeitlich bezüglich der Transaktion PB Domicilio 2007-1 zum 7. Juli 2009 der Credit Default Swaps mit dem Sicherungsgeber Merrill Lynch und bezüglich der Provide Blue 2005-2 zum 9. November 2009 der bisherige Senior Credit Default Swap mit dem Sicherungsgeber KfW gekündigt. Die finanziellen Sicherheiten beziehen sich auf die IRBA-Transaktion PB Domicile 2006-1 und die KSA-Transaktion PB Domicilio 2007-1. Die Postbank behält somit, ergänzend zum Kontrahentenrisiko der Garanten, 4.812 Mio € eigenes unterlegungspflichtiges Risiko (siehe Tabelle 34).

Die Transaktion PB Domicile 2006-1 der „Deutschen Postbank AG“ verfügt über einen Credit Default Swap mit Sicherungsgeber Dresdner Bank in Höhe von 1.803 Mio €, der aufgrund der hohen Bonität der Verbriefungseinzeltranche im Jahr 2009 nicht risikomindernd in der aufsichtsrechtlichen Kalkulation der Eigenmittelanforderungen berücksichtigt wird. Für diese Verbriefungsposition wendet die Postbank gemäß § 256 Abs. 1 Satz 1 SolvV eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an. Das behaltene eigene Risiko der PB Domicile 2006-1 entfällt überwiegend auf das Risikogewichtsband „≤ 10 %“ (siehe Tabelle 36).

Die KSA-Transaktion PB Domicilio 2007-1 ist von „Standard & Poor’s“ geratet, die Transaktionen Provide Blue 2005-1 und 2005-2 sind von „Standard & Poor’s“ sowie „Fitch-Ratings“ geratet. Die Transaktion PB Domicile 2006-1 ist von „Standard & Poor’s“, „Moody’s“ und „Fitch Ratings“ anhand des jeweils veröffentlichten Ratingansatzes für German RMBS geratet. Die Transaktion Provide Blue 2005-1 wurde zum 7. Januar 2010 gekündigt.

Per 31. Dezember 2009 haben die „Deutsche Postbank AG, Bonn“, die „Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg“ und die „BHW Bausparkasse AG, Hameln“ in geringem Umfang angekaufte Einzeltranchen der in Tabelle 32 aufgeführten Originatorverbriefungen im Bestand. Trotz des Investments ist dabei die aufsichtsrechtliche Risikoentlastung stets gegeben.

Die den Originatorverbriefungen zugrunde liegenden Grundgeschäfte sind Gegenstand sowohl der IAS-39-Bewertungskategorie „Loans and Receivables“ als auch der „Fair Value Option“. Bestände der Kategorie „Loans and Receivables“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten und Bestände der „Fair Value Option“ werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Die in Tabelle 32 aufgeführten Swaps stellen (erhaltene) Finanzgarantien im Sinne des IAS 39 dar. Gemäß IAS 39.9 sind erhaltene

Finanzgarantien nicht zu bilanzieren; allerdings sind sie beim Impairment-Test der Forderungen zu berücksichtigen.

Außerdem hat die Postbank drei Originatorverbriefungen strukturiert, zu denen bislang kein wesentlicher Risikotransfer gemäß § 232 Abs. 2 SolvV bewirkt wurde:

- I PB Consumer 2008-1 (traditionell/true sale): 367 Mio €, anfänglich 1.160 Mio €
- I PB Consumer 2009-1 (traditionell/true sale): 714 Mio €, anfänglich 997 Mio €
- I Provide Domicile 2009-1 (synthetisch): 1.297 Mio €, anfänglich 1.534 Mio €

Diese drei Transaktionen sind in sämtlichen Tabellen dieses Abschnitts nicht ausgewiesen. Die Einzelforderungen sind per Berichtsstichtag als Einzelrisiken ausgewiesen und betreffen ausschließlich Verbraucherkredite und Wohnungsbaufinanzierungen gegenüber Privatpersonen mit Wohnsitz in Deutschland.

Nachstehende Tabelle weist zu den oben genannten Originatortransaktionen die notleidenden und in Verzug befindlichen verbrieften Forderungen mit dem Protected Amount (BHW Verbriefungen) bzw. den ausstehenden Salden (PB Domicile 2006-1) in Höhe von 258 Mio € aus, die die tatsächlich ausstehenden Zahlungen (Overdue Payments) in Bezug auf die ausgewiesenen Positionen um ein Vielfaches übersteigen. Für die ausgewiesenen überfälligen Forderungen beträgt der Verzugszeitraum überwiegend weniger als einen Monat. Der Betrag der notleidenden bzw. überfälligen verbrieften Forderungen ist gegenüber den Werten per 31. Dezember 2008 leicht gesunken. Die Tabelle zeigt außerdem die in den Originatorpositionen im Jahr 2009 realisierten Verluste.

Arten der verbrieften Forderungen	Notleidende/überfällige Forderungen		Realisierte Verluste	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Wohnimmobilien	258	266	7	3
Gewerbeimmobilien	–	–	–	–
Sonstige Forderungen	–	–	–	–
Gesamtsumme	258	266	7	3

Tabelle 33

7.3.3 Zurückbehaltene oder gekaufte Verbriefungspositionen

Die folgende Tabelle weist den Positionswert der zurückbehaltenen oder gekauften Verbriefungspositionen der Postbank aus ihrer Funktion als Investor und Originator aus, gegliedert nach der Art der jeweils zugrunde liegenden Forderungen und getrennt nach dem Kalkulationsansatz. Gegenüber dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2008 hat sich das Gesamtvolumen aufsichtsrechtlich zu berücksichtigender strukturierter Finanzierungen (Investorverbriefungen) im Wesentlichen aufgrund von Wechselkurseffekten und Tilgungen um 373 Mio € verringert. Darüber hinaus erfolgte im Berichtsjahr eine Überprüfung der Investorpositionen mit Blick auf die Zuordnung zur Anrechnung im KSA- bzw. IRB-Ansatz nach § 226 Abs. 4 SolvV. Bei den Originatorverbriefungen hat sich das Volumen aufgrund der Kündigung von Sicherheiten (siehe Anmerkungen zu Tabelle 32) um 2.774 Mio € erhöht.

Gesamtbetrag der zurückbehaltenen oder gekauften Verbriefungspositionen								
Positionswerte	Investorfunktion				Originatorfunktion			
	IRB-Ansatz		KSA-Ansatz		IRB-Ansatz		KSA-Ansatz	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Bilanzwirksame Positionen	0	5.527	0	304	0	2.028	0	10
Forderungen	0	–	0	–	0	–	0	–
Maßnahmen zur Verbesserung der Kreditqualität	0	–	0	–	0	–	0	–
Beteiligungen an ABS-Transaktionen	5.444	5.527	14	304	3.812	2.028	1.000	10
Sonstige bilanzwirksame Positionen	0	–	0	–	0	–	0	–
Bilanzunwirksame Positionen	0	–	0	–	0	–	0	–
Sonstige bilanzunwirksame Positionen	0	–	0	–	0	–	0	–
Gesamtsumme	5.444	5.527	14	304	3.812	2.028	1.000	10

Tabelle 34

Die folgende Tabelle weist die Positionswerte der zurückbehaltenen oder gekauften Verbriefungspositionen der Postbank, gegliedert nach geografischen Gebieten, aus:

Verbriefungspositionen, gegliedert nach geografischen Gebieten				
Positionswerte	Investorfunktion		Originatorfunktion	
	IRB-Ansatz	KSA-Ansatz	IRB-Ansatz	KSA-Ansatz
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
Deutschland	82	–	3.812	–
Westeuropa	3.568	–	–	1.000
Nordamerika	474	14	–	–
Sonstige Regionen	1.319	–	–	–
Gesamtsumme	5.444	14	3.812	1.000
<i>Vergleichswerte per 31. Dezember 2008</i>	<i>5.527</i>	<i>304</i>	<i>2.028</i>	<i>10</i>

Tabelle 35

Die Tabelle 36 zeigt neben dem Gesamtbetrag der verbrieften Forderungen auch die Eigenkapitalanforderung für die verschiedenen wesentlichen Risikogewichtsbänder. Gegenüber dem Bericht vom 31. Dezember 2008 ist aufgrund der – nach Anpassung der KonÜV – veränderten aufsichtsrechtlichen Behandlung der Neubewertungsrücklage sowie aufgrund von Downgrades bei den externen Ratings für die Investorpositionen eine deutliche Verschiebung zu Risikogewichtsbändern mit höheren Risikogewichten sowie eine Erhöhung der Eigenkapitalabzugspositionen zu beobachten. Bei der Kalkulation der Kapitalanforderungen sind insbesondere negative Marktwerte von eingebetteten Derivaten (Embedded Derivatives) in Höhe von 1.316 Mio € sowie Impairments in Höhe von 357 Mio € enthalten.

Kapitalanforderungen für zurückbehaltene oder gekaufte Verbriefungspositionen nach Risikogewichtsbändern						
Risikogewichtsbänder	Positionswert		Kapitalanforderungen IRBA		Kapitalanforderungen KSA	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
≤ 10 %	4.453	2.912	26	14	–	5
> 10 % und < 20 %	880	1.491	8	5	–	–
≥ 20 % und < 50 %	1.476	518	9	3	16	0
≥ 50 % und ≤ 100 %	278	946	12	9	0	0
> 100 % und ≤ 650 %	408	334	138	35	–	–
1250 % bzw. Kapitalabzug	2.775	1.668	1.186	637	9	8
Gesamtsumme	10.270	7.870	1.379	703	25	13

Tabelle 36

Zusätzlich zu den in den Tabellen 35 und 36 dargestellten Positionen hielt die Postbank per 31. Dezember 2008 eine Investorverbriefungsposition in Höhe von 67 Mio €, die nach dem bankaufsichtlichen Formelansatz kalkuliert wurde. Diese Transaktion ist im zweiten Halbjahr 2009 ausgelaufen und befindet sich per Stichtag 31. Dezember 2009 nicht mehr im Bestand der Postbank.

8 Management der Marktpreisrisiken einschließlich der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

8.1 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Marktpreisrisiken sind integraler Bestandteil des Gesamtrisikoprofils des Konzerns. Sie werden aus ökonomischen Überlegungen heraus eingegangen. So ergibt sich der Umfang der Marktpreisrisiken aus einer Risikokapitalallokation, die zum einen den Umfang der insgesamt eingegangenen Risiken auf ein für die Postbank verträgliches und unter Ertragsgesichtspunkten gewünschtes Maß begrenzt. Sofern ökonomisch sinnvoll und unter den im Zuge der Finanzmarktkrise angespannten Marktbedingungen möglich, werden unerwünschte Marktpreisrisiken abgesichert oder abgebaut. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen oder beibehalten werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Zins-, Aktien-, Fremdwährungs-, Spread-, Rohstoff- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Die Marktrisikostategie als Teil der übergreifenden Konzernrisikostategie legt dar, welches Risikoprofil die Postbank bei der Übernahme von Marktpreisrisiken bereit ist zu akzeptieren, wie deren Messung und Steuerung erfolgt und welche Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Risiken ergriffen werden. Darüber hinaus enthält die Strategie auch Aussagen über die jeweiligen mit Marktpreisrisiken behafteten Geschäftsfelder und Portfolios sowie zur Organisation und zu den Prozessen der Risikosteuerung und Risikoberichterstattung an die verantwortlichen Gremien der Postbank.

Die innerhalb der Marktrisikostategie definierten Marktpreisrisiken umfassen sowohl Zinsänderungsrisiken, Aktienkursrisiken, Fremdwährungsrisiken, Spread-Risiken, Rohwarenpreisrisiken als auch Volatilitätsrisiken. Diese werden direkt im Bereich Financial Markets oder im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit in den strategischen Geschäftsfeldern Firmenkunden und Retail Banking eingegangen und zur Steuerung an den zentralen Bereich Financial Markets oder die dezentralen Steuerungseinheiten übertragen.

Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die operative Marktpreisrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets der „Deutschen Postbank AG“; wobei die „BHW Bausparkasse AG“, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung in London ihre Risiken im Rahmen separat definierter Risikolimits eigenständig steuern. Hierzu wurde im Geschäftsjahr 2009 die Verzahnung der Marktrisikokomitees (MRK) der Tochtergesellschaften mit dem Konzern verstärkt.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation und -messung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Weitere Angaben zum Management der Marktpreisrisiken finden sich im Geschäftsbericht 2009 (S. 64 ff.) des Postbank Konzerns.

Marktpreisrisikosteuerung und -messung

Wesentliche Aufgabe der Marktpreisrisikosteuerung ist das Aktiv-Passiv-Management des von den einzelnen Geschäftsfeldern übernommenen Saldos der marktpreissensitiven Positionen. Neben dem Aktiv-Passiv-Management im Bankbuch erfolgt eine Risikonahme durch Trading im Handelsbuch. Die aktive Übernahme von Marktpreisrisiken geschieht zur Gewinnerzielung innerhalb von aus Risikotragfähigkeits-Gesichtspunkten abgeleiteten Limiten.

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

Die Marktpreisrisiken werden im Postbank Konzern durch ein System risikobegrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Gesamtlimiten werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimite den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Im Jahr 2009 sind auf Konzernebene keine Limitüberschreitungen zu verzeichnen gewesen. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt.

Das insgesamt für Marktpreisrisiken vom Vorstand zur Verfügung gestellte Risikokapital wird vom Marktrisikokomitee auf die Portfolios des Bankbuchs und auf die Handelsbücher weiterverteilt. Die Zuweisung der operativen Limite erfolgt im Anlagebuch für den Zeitraum von 10 Tagen. Für das Handelsbuch erfolgt die operative Steuerung hingegen mit einer unterstellten Haltdauer von einem Tag. Die jeweiligen Limite stellen die absoluten Obergrenzen dar, bis zu denen Risikopositionen eingegangen werden können. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf.

Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder extremen Marktbewegungen mit Relevanz für die Postbank ermöglichen.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktveränderungen, aber unverändertem Bestand überprüft (Clean Mark-to-Model-Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Backtesting-Ergebnisse wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert. Im Rahmen des laufenden Projekts „Internes Marktrisikomodell“ wurden die Voraussetzungen für die Ablösung des derzeitigen Mark-to-Model-Backtestings durch ein Mark-to-Market-Verfahren geschaffen. Der Einsatz des Modells ist für 2010 geplant.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen (Worst-Case-Szenarien) auf die Bilanzpositionen des Postbank Konzerns. Die Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren in den Risikoarten Zins, Spreads, Währungen und Aktien durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise wurden die Stressparameter 2009 vollständig überarbeitet, um den beobachteten Marktschwankungen Rechnung zu tragen. Sie werden derzeit weiterentwickelt, um den weitergehenden Anforderungen aus der MaRisk-Novellierung Rechnung zu tragen. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limiten gegenübergestellt. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees sowie der Aufsichtsrat werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert.

8.2 Reporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente, die detailliert Auskunft über die eingegangenen Marktpreisrisiken geben:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen.
- I Der Wochenbericht fasst die wesentlichen Veränderungen des Marktes und in den Positionen zusammen und richtet sich an die Positionsverantwortlichen. Die Tages- und Wochenberichte werden regelmäßig mit den Positionsverantwortlichen abgestimmt und liefern die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtesting-Analysen. Darüber hinaus wird, getrennt nach Portfolios und Währungen, über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse, abgegrenzt nach Managementeinheiten bzw. GuV-Wirksamkeit, dar.
- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

8.3 Grundzüge der Absicherung und Minderung der Risiken

Wie in Abschnitt 8.1 ausgeführt, bestehen im Postbank Konzern hoch entwickelte Prozesse und Verfahren zur Steuerung der Marktpreisrisiken und zur Überwachung der Einhaltung der definierten Limite. Zudem wird das Risikomanagement durch die beschriebenen Stresstest- und Backtesting-Verfahren zur Überprüfung der genutzten Risikomessmethodik unterstützt.

Neben diesen Verfahren zur Risikobegrenzung übernommener Marktpreisrisiken werden Marktpreisrisiken auch insbesondere mittels Fair Value Hedge abgesichert, wenn deren aktive Übernahme nicht gewünscht ist. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios gesichert. Als Sicherungsinstrumente werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross-Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt. Die Steuerung der Aktienbestände erfolgt primär durch Derivate mit Optionscharakter. Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grund- und Sicherungsgeschäft, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen und teilweise durch Simulationsrechnungen ergänzt.

8.4 Spezielle Angaben zum Zinsänderungsrisiko des Anlagebuchs

Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG sind Finanzinstitute verpflichtet, der Aufsicht gegenüber eine Anzeige abzugeben („Ausreißerinstitut“), wenn bei einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung der Barwert im Anlagebuch um mehr als 20 % der regulatorischen Eigenmittel absinkt. Die aufsichtsrechtlich anzuwendende Zinsänderung beträgt +130 Basispunkte bzw. –190 Basispunkte:

Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch				
Währung	Zinsschock (+130 BP/–190 BP)			
	Wertänderung +130 BP		Wertänderung –190 BP	
	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2008 Mio €
EUR	–502	142	565	–378
USD	–147	–133	262	266
JPY	–3	–43	2	89
GBP	–2	0	3	1
CHF	0	0	0	0
Sonstige	–1	1	1	0

Tabelle 37

Beim Postbank Konzern blieb im Berichtszeitraum die täglich ermittelte Wertänderung stets unter der meldepflichtigen Schwelle von 20 %.

Gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden bei der Berechnung der Barwertänderung im Anlagebuch alle zinstragenden bilanziellen und die zinssensitiven außerbilanziellen Positionen gemäß den internen Steuerungsverfahren und -modellen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen bei der „Deutschen Postbank AG“, für die das Modell der gleitenden Durchschnitte verwendet wird, die Positionen des Bausparkollektivs der „BHW Bausparkasse AG“ sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. In der Zinsänderungsrisikomessung werden wesentliche gesetzliche bzw. vertraglich eingeräumte Sondertilgungsrechte wie auch Neugeschäfts- und Prolongationsangebote sowie Zahlungsstörungen im Kreditgeschäft berücksichtigt. Die dazu verwendeten Optionsmodelle bzw. statistischen Modellierungsmethoden wurden 2009 erweitert und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß der internen Modelle und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Wie in den MaRisk gefordert, werden Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Zinsänderungsrisiken werden in allen Ausprägungen eingegangen, die in den „Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk“ nach Basel II beschrieben werden. Dies sind das Refinanzierungs-, das Struktur-, das Basis- und das Optionsrisiko. Refinanzierungs- und Strukturrisiken werden in Cashflow-Inkongruenzen eingegangen, die auf Zinsniveau- und Zinsstrukturkurvenänderungen reagieren. Basisrisiken werden zwischen Marktsegmenten, z. B. Pfandbrief gegen Swapmarkt, aber auch unmittelbar zwischen einzelnen Adressen eingegangen. Optionsrisiken bestehen ebenfalls, sowohl im Kundengeschäft als auch in Finanzinstrumenten.

Die Ergebnisse der regelmäßigen Überprüfungen der Zinsänderungsrisiken werden bei der Limitfestsetzung berücksichtigt. Das mittels VaR für das Anlagebuch, bezogen auf ein Konfidenzniveau von 99 % bei einer 10-tägigen Haltedauer, ermittelte Marktpreisrisiko betrug zum 31. Dezember 2009 365,7 Mio € (zum Vergleich: 532,0 Mio € per 31. Dezember 2008).

9 Management der Liquiditätsrisiken

9.1 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet der Postbank Konzern zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

Der Postbank Konzern betrachtet die Liquiditätsrisiken als integralen Bestandteil der Risikostrategie der Gesamtbank. In der Liquiditätsrisikostrategie wird der Rahmen für die Steuerung, d. h. das Management und die Überwachung, der Liquiditätsrisiken verbindlich festgelegt. Der Gesamtvorstand trägt dafür Sorge, dass die formulierten Regeln konzernweit umgesetzt bzw. angewendet werden. Die Umsetzung der Liquiditätsrisikostrategie erfolgt zum einen durch die regelmäßige Überprüfung der Zahlungsfähigkeit und das Ergreifen von Maßnahmen zu deren Erhaltung, zum anderen auch durch das gezielte Eingehen von Liquiditätsrisikopositionen durch die definierten Entscheidungsträger im Rahmen der jeweils geltenden Grenzen.

Im Gegensatz zu den anderen Risikoarten wird das Zahlungsunfähigkeitsrisiko in der Postbank bewusst nicht mit Risikokapital unterlegt, da die Risikodeckungsmasse nicht geeignet ist, das Risiko der Zahlungsunfähigkeit zu decken. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos verfolgt die Postbank ein aktives Liquiditätsmanagement und -controlling. Der Postbank Konzern verfügt über ausreichende Liquiditätsquellen sowie, für potenzielle Stresssituationen, über ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren. Das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation (Liquiditätsfristentransformationsrisiko) wird zurzeit implizit teilweise über das für Geschäftsrisiken, teilweise über das für Marktpreisrisiken bereitgestellte Risikokapital abgedeckt. Um die Steuerung dieser Risikoart künftig weiter auszubauen, ist vorgesehen, 2010 eine eigenständige Limitierung der Liquiditätsfristentransformationsrisiken zu implementieren.

Weitere Angaben zum Management der Liquiditätsrisiken finden sich im Geschäftsbericht 2009 (S. 79 ff.) des Postbank Konzerns.

Steuerung und Messung der Liquiditätsrisiken

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Liquiditätsrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Überwachung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Liquiditätsrisikosteuerung festgelegt. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der „Deutschen Postbank AG“. Innerhalb definierter Risikolimits steuern die „BHW Bausparkasse AG“, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken eigenständig im Rahmen konzernweit einheitlicher Verfahren und Prozesse.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von Öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen.

Angesichts der gewachsenen Bedeutung des Liquiditätsmanagements wurde bereits im Jahr 2007 ein Projekt zur sukzessiven Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung aufgesetzt. Das Projekt ist planmäßig Ende 2009 abgeschlossen worden. Damit sind in der Postbank wesentliche Voraussetzungen für eine differenzierte Liquiditätssteuerung unter Beachtung der aus den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ abgeleiteten Anforderungen geschaffen worden. Das Konzept zur Liquiditätssteuerung wird derzeit unter Berücksichtigung der aktuellen aufsichtlichen Debatte und unter besonderer Berücksichtigung der strukturellen Liquiditätsposition über mehrere Jahre hinweg weiterentwickelt und soll 2010 operativ eingesetzt werden.

Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Risikocontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens monatlich gesonderten Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände. Im Rahmen

dieser Stresstests werden auch Risikokonzentrationen in Hinblick auf die Liquiditätslage des Postbank Konzerns, z. B. hinsichtlich der Bestände in Spar- und Sichteinlagen oder des Zugangs zum besicherten und unbesicherten Geldmarkt, identifiziert und analysiert.

Die „Deutsche Postbank AG“ erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die „Deutsche Postbank AG“ kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 – 8 LiqV. Die Prozesse zur konzernweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen.

9.2 Reporting

Der Postbank Konzern nutzt zum Reporting der Liquiditätsrisiken verschiedene regelmäßige Reports, die angesichts der angespannten Marktsituation im Jahr 2009 erweitert und fallweise durch Ad-hoc-Auswertungen zu einzelnen Analyseschwerpunkten ergänzt worden sind. Im Folgenden werden die Standardreports näher erläutert:

- I Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees und die für die Liquiditätssteuerung relevanten Einheiten werden täglich durch das Risikocontrolling über den Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastungen auf Konzern- bzw. Einheitenebene unterrichtet. Dabei werden die Zahlungsein- und -ausgänge detailliert den verfügbaren Liquiditätsquellen gegenübergestellt.
- I Ergänzend wird das Marktrisikokomitee monatlich durch den Bereich Liquiditätssteuerung in einem eigenständigen Report zur Marktsituation, zur Liquiditätssituation und zu den Refinanzierungsaktivitäten der Postbank informiert.
- I Der Gesamtvorstand und die Mitglieder des Marktrisikokomitees erhalten monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inklusive der etablierten Szenarioanalysen und Stresstests auf Konzernebene.
- I Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung werden im Rahmen des Vorstands-Information-Systems (VIS) an den Gesamtvorstand adressiert.
- I Der Aufsichtsrat wird quartalsweise über die Liquiditätssituation – auch in den definierten Stresssituationen – des Postbank Konzerns informiert.

9.3 Grundzüge der Absicherung und Minderung der Risiken

Die jederzeitige Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit ist die zentrale Voraussetzung für das Betreiben des Bankgeschäfts und stellt insofern eine ultimative Anforderung an die Liquiditätsrisikosteuerung und damit eine strikte Nebenbedingung im Zielsystem des Postbank Konzerns dar.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Liquiditätsrisiken werden nur im Rahmen genehmigter Limite übernommen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein umfangreiches Portfolio mit freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, das kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von Öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehenpfandbriefen.

Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit obliegt den Treasury-Einheiten. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen in den Tochtergesellschaften und Auslandsniederlassungen.

10 Management der Operationellen Risiken

10.1 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit § 269 der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Definition beinhaltet auch Rechtsrisiken, Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt. Operationelle Risiken können bei allen Prozessen im laufenden Geschäftsbetrieb auftreten.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Gesamtstrategie. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen Operationelle Risiken auf ein notwendiges Minimum zu beschränken. Die Teilstrategie zu den Operationellen Risiken beinhaltet konzernweite Prinzipien, z. B. zur aktiven Sicherheit wie Transparenz der Prozesse, eindeutige Kompetenzregelungen und angemessene Sicherheitsrichtlinien, aber auch zur passiven Sicherheit in Form von angemessenen Notfallplänen und einer ausreichenden finanziellen Vorsorge.

Die Gesamtverantwortung für die Steuerung, Überwachung und Kontrolle Operationeller Risiken obliegt dem Vorstand der Postbank. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) legt die Strategie und die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest. Zur Sicherstellung eines konzernweit einheitlichen Vorgehens werden die Aktivitäten durch das zentrale OpRisk-Controlling der „Deutschen Postbank AG“ koordiniert. Diese Organisationseinheit ist auch für die regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit der für die Zwecke des Controllings der Operationellen Risiken eingesetzten Methoden und Verfahren zuständig. Die Identifikation und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

In Ergänzung zum zentralen Controlling und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern.

Im Jahr 2009 wurde die Deutsche Postbank Home Finance Ltd., Gurgaon, Indien, vollumfänglich in den Controllingprozess integriert. Somit sind nun alle Teile des Postbank Konzerns eingebunden.

Weitere Angaben zum Management der Operationellen Risiken finden sich im Geschäftsbericht 2009 (S. 82 f.) des Postbank Konzerns.

Steuerung der Operationellen Risiken

Das Management der Operationellen Risiken erfolgt jeweils dezentral in den jeweiligen Einheiten des Konzerns. Zur Analyse der Operationellen Risiken stellt die Postbank im Wesentlichen auf die Erhebung von Risikoindikatoren, die Durchführung strukturierter Self-Assessments und Szenarioanalysen sowie auf die Sammlung von Schadenfällen ab.

Zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für die Operationellen Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Erfüllung der qualifizierenden Anforderungen an den Standardansatz gemäß der Solvabilitätsverordnung, insbesondere die Zuordnungsgrundsätze für die Aufteilung der Bruttoerträge auf die einzelnen Geschäftsfelder, wurde mittels einer institutseigenen Prüfung bestätigt und der BaFin und der Deutschen Bundesbank angezeigt.

2008 hatte der Gesamtvorstand die Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach) beschlossen. Die Arbeiten zur Umsetzung wurden noch im zweiten Halbjahr 2008 begonnen und 2009 weiter fortgesetzt. Das im Rahmen des AMA-Umsetzungsprojekts entwickelte interne Quantifizierungsmodell für die Operationellen Risiken wurde zum 1. Juli 2009 produktiv gesetzt. Seit diesem Zeitpunkt wird die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken sowohl für die Gesamtbank als auch für die vier einzelnen Geschäftsfelder anhand eines internen Kapitalmodells ermittelt. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder berechneten Kapitalbeträge wurde eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder entwickelt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt. Flankierend wurden 2009 die bereits etablierten Prozesse und Methoden gemäß den aufsichtlichen Vorgaben für einen fortgeschrittenen Messansatz weiterentwickelt, die Methodik zur Szenarioanalyse in allen Geschäftsfeldern implementiert sowie ein IT-gestütztes Maßnahmenverfolgungssystem aufgebaut. Das AMA-Umsetzungsprojekt soll planmäßig im ersten Quartal 2010 abgeschlossen werden. Die Abgabe des Zulassungsantrags bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank ist für Ende des ersten Quartals 2010 geplant.

10.2 Reporting

Im Berichtsjahr 2009 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen bezüglich des Reportings Operationeller Risiken um quantitative Elemente wie der Auslastung der den Geschäftsfeldern zugewiesenen VaR-Limite und um zusätzliche Angaben, z. B. zu den AMA-relevanten Risikoindikatoren und den Ergebnissen der Szenarioanalysen, ergänzt.

Die Leitungsebenen des Postbank Konzerns erhalten regelmäßig Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- I Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren, die die definierte Toleranzschwelle überschritten haben, sowie über die Auslastung von Warnschwellen zu den typischen Verlusten je Geschäftsfeld wie auch über Warnschwellen zu den Frequenzschäden, informiert.
- I Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden daneben quartalsweise über die Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene sowie halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich eine aktuelle Zusammenstellung der erfassten Schadenfälle sowie jährlich die Ergebnisse der Szenarioanalyse.
- I Auf dezentraler Ebene erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen entsprechend den Informationsbedürfnissen abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme oder bei gravierenden Risiken werden die Mitglieder des OpRisk-Komitees und die Geschäftsfeldverantwortlichen im Rahmen des Ad-hoc-Reportings unverzüglich informiert.

10.3 Grundzüge der Absicherung und Minderung der Risiken

Mit einer gegliederten Organisationsstruktur, klaren Kompetenzregelungen und Arbeitsanweisungen für die Teilprozesse hat die Postbank die Grundlage zur Verringerung von Operationellen Risiken geschaffen. Die Mitarbeiter werden regelmäßig geschult und über Neuerungen in den Prozessen und Arbeitsanweisungen zeitnah informiert.

Alle Geschäfte mit wesentlichem Risikogehalt dürfen nur unter Anwendung des Vier-Augen-Prinzips eingegangen werden. Die Funktionsfähigkeit und Sicherheit der DV-Systeme wird kontinuierlich überwacht.

Der Abschluss von Versicherungen gegen Verluste aus Operationellen Risiken wird in regelmäßigen Abständen von einer separaten Organisationseinheit überprüft.

Tabellenverzeichnis

Seite

4	Tabelle 1	Konsolidierungskreis der Postbank	31	Tabelle 20	Risikovorsorge, aufgliedert nach geografischen Gebieten
5	Tabelle 2	IRBA-Portfolios, gegliedert nach SolvV-Forderungsklassen	32	Tabelle 21	Risikovorsorgespiegel
7	Tabelle 3	Zusammenfassung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel	32	Tabelle 22	Tatsächliche Verluste im Kreditgeschäft
8	Tabelle 4	Im Umlauf befindliche hybride Kapitalinstrumente	33	Tabelle 23	Verlustschätzungen und tatsächliche Verluste im Kreditgeschäft
9	Tabelle 5	Genussrechtskapital der Postbank	35	Tabelle 24	Bewertung der derivativen Adressenausfallrisikopositionen vor und nach Aufrechnung und Sicherheiten
10	Tabelle 6	Eigenmittelunterlegung nach Risikoarten und Ansatz	35	Tabelle 25	Positive Wiederbeschaffungswerte für derivative Adressenausfallrisikopositionen
11	Tabelle 7	Gesamt- und Kernkapitalquoten	35	Tabelle 26	Nominalwert der Kreditderivate, die für das eigene Portfolio genutzt werden
14	Tabelle 8	Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees	36	Tabelle 27	Positionswerte für IRBA-Beteiligungen
17	Tabelle 9	Übersicht der Ratingsysteme in den IRBA-Forderungsklassen	36	Tabelle 28	Wertansätze für IRBA-Beteiligungen in Abhängigkeit von ihrer Art und Handelbarkeit
22	Tabelle 10	Forderungswerte vor Kreditrisikominderung, aufgliedert nach Branchen	37	Tabelle 29	Aufteilung der Investmentanteile nach aufsichtsrechtlicher Behandlung
23	Tabelle 11	Forderungswerte vor Kreditrisikominderung, aufgliedert nach geografischen Gebieten	37	Tabelle 30	Gewinne und Verluste aus Beteiligungen
23	Tabelle 12	Forderungswerte vor Kreditrisikominderung, aufgliedert nach vertraglicher Restlaufzeit	38	Tabelle 31	Investorpositionen nach Ratingklassen
24	Tabelle 13	Positionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen nach einfacher Risikogewichtungsmethode	39	Tabelle 32	Gesamtbetrag der verbrieften Forderungen
24	Tabelle 14	IRBA-Positionswerte und durchschnittliche Risikogewichte nach Forderungsarten und Risikoklassen	40	Tabelle 33	Notleidende und überfällige verbrieft Forderungen
25	Tabelle 15	IRBA-Positionswerte des Mengengeschäfts nach Forderungsarten und Risikoklassen	41	Tabelle 34	Gesamtbetrag der zurückbehaltenen oder gekauften Verbriefungspositionen
26	Tabelle 16	Gesamtsumme der KSA-Positionswerte vor und nach Kreditrisikominderung je Risikogewichtsklasse	41	Tabelle 35	Verbriefungspositionen, gegliedert nach geografischen Gebieten
28	Tabelle 17	Besicherte IRBA-Positionswerte	42	Tabelle 36	Kapitalanforderungen für zurückbehaltene oder gekaufte Verbriefungspositionen nach Risikogewichtsbändern
28	Tabelle 18	Besicherte KSA-Positionswerte	45	Tabelle 37	Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch
31	Tabelle 19	Risikovorsorge, aufgliedert nach Branchen			

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Beschreibung
ABS	Asset Backed Securities
AfS	Available for Sale
AG	Aktiengesellschaft
AMA	Advanced Measurement Approach
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BdB	Bundesverband deutscher Banken
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BP	Basispunkte
BV	Besloten Vennootschap
CCF	Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor
CDO	Collateralized Debt Obligation
CLO	Collateralized Loan Obligation
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities
CRD	Capital Requirements Directive
CRO	Chief Risk Officer
CVaR	Credit Value-at-Risk
DV	Datenverarbeitung
EAD	Exposure at Default = ausfallgefährdeter Betrag
EG	Europäische Gemeinschaft
EIU	Economic Intelligence Unit
EK	Eigenkapital
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate
EZB	Europäische Zentralbank
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards
IFRS	International Financial Reporting Standards
IRBA	Internal Ratings-Based Approach = auf internen Ratings basierender Ansatz
ISDA	International Swaps and Derivatives Association
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien

Abkürzung	Beschreibung
KonÜV	Konzernabschlussüberleitungsverordnung
KRK	Kreditrisikokomitee
KSA	Kreditrisiko-Standardansatz
KWG	Kreditwesengesetz
LFT	Liquiditätsfristentransformation
LGD	Loss Given Default = Verlustquoten bei Kreditausfall
LIP	Loss Identification Period
LiqV	Liquiditätsverordnung
LLC	Limited Liability Company
Ltd.	Limited
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MRK	Marktrisikokomitee
OpRisk	Operationelle Risiken
ORK	OpRisk-Komitee
ORX	Operational Riskdata eXchange Association
OTC	Over The Counter (Derivate)
PB	Postbank
PD	Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit
PK	Privatkunden
RMBS	Residential Mortgage Backed Securities
RoE	Return-on-Equity-Kennziffern
RWA	Risk-weighted assets = risikogewichtete Aktiva
S.A.	Société Anonyme
S.A.R.L.	Société à Responsabilité Limitée
SCP	Structured Credit Products
SolvV	Solvabilitätsverordnung
Srl	Società a responsabilità limitata
UK	United Kingdom
US	United States
USA	United States of America
VaR	Value-at-Risk
VIS	Vorstands-Informationen-System
VÖB	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands
ZKA	Zentraler Kreditausschuss

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0

Investor Relations

Telefon: 0228 920-18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir